Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 392 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 12. August

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* In Pariser Konferenzkreisen sind Nachrichten eingelaufen, nach denen sich ganz Ungarn gegen die Rumänen zu bewaffnen beginnt.

* Der Streik der Kalibergarbeiter ist zusammengebrochen. Die Arbeit wird wieder aufgenommen.

* Für den von den Kommunisten geplanten Sympathiestreik der Braunkohlenarbeiter herrscht in den mitteldeutschen Gebieten sehr wenig Neigung. Bislang wird weitergearbeitet.

* Der Oberste Alliertenrat „genehmigte" die Durchführung des Kaiserprozesses.

* Der verschärfte Belagerungszustand in Chemnitz ist wieder aufgehoben. In allen Betrieben wird gearbeitet.

Der Kaiserprozeß „genehmigt"

Einwilligung des Obersten Rates.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Genf, 12. August.

Französische Blätter berichten, daß der Oberste Rat der Alliierten seine Einwilligung zum Kaiser-Prozeß in England gegeben hat.

Die französischen Zeitungen lassen sich berichten, daß der Kaiserprozeß in Hamptoncourt bei London stattfinden werde, und daß die holländische Regierung nach einigem Schwanken der Forderung um Auslieferung zugestimmt habe.

Haag, 12. August.

Aus London wird gemeldet: Die „Sunday Times" sagt, daß trotz der Erklärung Bonar Laws im Unterhause, daß die Alliierten ihre Entscheidung in der Frage des Kaiserprozesses nicht geändert haben, es dennoch Gründe für die Annahme gibt, daß aus diesem Prozeß nichts werden wird. Je mehr man diese Angelegenheit erwägt, desto größer erweisen sich die Schwierigkeiten, einen Gerichtshof zusammenzustellen, dessen „Unparteilichkeit" nicht angefochten werden kann. Es sei auch kein Geheimnis, daß England ziemlich vereinzelt dasteht in dem Wunsche, den Prozeß durchzuführen, und daß besonders die Amerikaner den Vorschlag als politisch unklug und unnütz ansehen. Die Alliierten würden wahrscheinlich den Schein zu retten suchen, indem sie amtlich die Auslieferung von Holland verlangen, was Holland ebenfalls amtlich ablehnen würde. Damit würde dann die ganze Angelegenheit entschieden und erledigt sein.

Die Rumänen übergehen die Entente

Keine Antwort auf die Ententenote

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Die Note des Obersten Rates der Entente, die am Freitag der rumänischen Regierung übermittelt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Bisher hat die Friedenskonferenz noch keine direkte Antwort von der rumänischen Regierung erhalten. Wie der Kommission mitgeteilt wird, weigern sich die rumänischen Generale, Instruktionen der alliierten Generale auszuführen und haben die Veröffentlichung des Telegramms des Vorsitzenden der Friedenskommission verhindert. Außerdem gestatten sie den Soldaten, Privateigentum zu plündern und belegen sämtliche Lebensmittel mit Beschlag. Sie verhängen über Budapest, wo ohnehin schon Hungersnot herrscht, eine Blockade und vernichten die Bahn der Strecke Budapest—Wien. Mit einem Wort, sie begehen eine Anzahl von Handlungen, die im Widerspruch mit den Beschlüssen der Alliierten und den Prinzipien der Menschlichkeit stehen. Ferner wird dem Obersten Rat mitgeteilt, daß die sozialistische Regierung in Ungarn durch einen Staatsstreich umgeworfen, die Minister verhaftet und die alte Regierung durch eine neue, mit Erzherzog Josef an der Spitze abgelöst ist. Falls sich die Konferenz zur Zurücknahme derselben gezwungen sähe, ist die rumänische Regierung entschlossen, der Konferenz zu trotzen und sich von den Alliierten loszusagen. Sollte sich die Konferenz in dieser Annahme irren, dann ersuche sie die rumänische Regierung, diese Mitteilung umgehend zu widersprechen, und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten, aus denen deutlich hervorgeht, daß die rumänische Regierung die Konferenzbeschlüsse anerkennt und gewillt ist, sie zur Ausführung zu bringen."

Die Konferenz hat auf diese Note bisher keine Antwort erhalten. Dagegen geht in Paris die Nachricht, daß die Rumänen fortfahren, die Bestimmungen ihres in Ungarn gestellten Ultimatums auszuführen.

Vor neuen Ereignissen in Budapest

Haag, 12. August.

Aus Paris wird gemeldet: In Pariser Konferenzkreisen sind Nachrichten eingelaufen, nach denen sich ganz Ungarn zu bewaffnen beginnt, um den rumänischen Truppen Widerstand zu leisten. Die Nachrichten sind so beunruhigend, daß sie den Beginn eines neuen Krieges in Ungarn befürchten lassen. Die Ungarn werden alles aufbieten, um die Rumänen wieder aus ihrem Lande zu vertreiben. Obwohl die Rämänen die stärkste Heeresgruppe bilden, die in Ungarn steht, glauben die militärischen Behörden in Paris doch, daß das verstreute ungarische Heer sich mit den Bauern vereinigen wird und daß ein Aufruf an den starken Patriotismus des ungarischen Volkes von unberechenbarer Wirkung sein kann. In der Friedenskonferenz denkt man rechternst über die Lage.

Bern, 12. August.

Der Temps meldet, daß Diamandi, der ehemalige rumänische Gesandte in Petersburg, jetzt in Budapest eingetroffen ist, um dort seine Regierung zu vertreten und jeder Reibung zwischen der Bevölkerung und den rumänischen Truppen vorzubeugen.

Wien, 12. August.

Wie die Blätter melden, fand gestern in Fürstenfeld eine Massenversammlung der Bevollmächtigten von 331 westungarischen Gemeinden statt, welche eine Entschließung annahm, in der gegen die Bestrebungen zur Schaffung einer westungarischen Autonomie protestiert und behufs baldigen Anschlusses Deutsch-Westungarns an Deutsch-Oesterreich die Durchführung der Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle gefordert wird. Die Entschließung wurde Staatssekretär Renner telegraphisch übermittelt.

Bukarest, 12. August.

Das rumänische Pressebureau meldet: Auf Anordnung des rumänischen Besatzungskommandos in Ungarn werden die rumänischen Truppen Westungarn zwecks Bekämpfung des kommunistischen Regimes besetzen. Die rumänischen Truppen werden der Bildung einer ungarischen Nationalgarde nicht entgegentreten.

Basel, 12. August.

Laut Basler Nachrichten hat der amerikanische Generaldirektor für das europäische Ernährungswesen Hoover am Samstag Paris verlassen, um sich nach Budapest zu begeben und dem Obersten Rat Bericht über die Lage in Ungarn zu erstatten.

Haag, 12. August.

Aus Paris wird gemeldet: Die interalliierte Mission in Brest hat nach einer Konferenz mit dem Erzherzog Joseph an Clemenceau einen Bericht erstattet, worin es heißt, daß die Vertreter der Entente vollkommen mit der neuen ungarischen Regierung einig sind.

Die Note des Obersten alliierten Rates an die rumänische Regierung wegen ihres Vorgehens in Ungarn ist noch nicht beantwortet worden. Die rumänischen Truppen in Ungarn erhalten vielmehr immer weitere Verstärkungen.

Die Friedensverhandlungen mit Oesterreich

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Bern, 12. August.

Im Friedensausschuß der französischen Kammer gab Außenminister Pichon einen kurzen Ueberblick über die mit der künftigen Gestaltung Deutsch-Oesterreichs im Zusammenhang stehenden Fragen und wiederholte die vor einigen Tagen von Clemenceau abgegebene Versicherung, daß der Höchste Rat der Friedenskonferenz wahrscheinlich die deutsch-österreichischen Gegenvorschläge, von unwesentlichen Milderungen abgesehen, ablehnen werde.

+ Wien, 12. August.

Staatskanzler Dr. Renner, der sich gestern abend nach Saint Germain begab, hatte den Entschluß zu seiner Abreise so unvermittelt gefaßt, daß einer seiner parlamentarischen Begleiter Dr. Gürtler nicht mehr verständigt werden konnte. Die Uebergabe des endgültigen, unbefristeten Friedensvertrages an die Vertreter Deutsch-Oesterreichs soll nach den letzten Mitteilungen am Mittwoch oder Donnerstag erfolgen, worauf Dr. Renner unverzüglich wieder nach Wien zurückkehrt. Man nimmt an, daß der Hauptausschuß der Nationalversammlung am Freitag oder Sonnabend zusammentritt und daß die historische Vollsitzung der Nationalversammlung am Montag stattfindet.

Ententesorgen auf dem Balkan

Verschwörungen in Bulgarien?

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Genf, 12. August.

Von Bukarest aus werden Nachrichten in französischen Blättern verbreitet von großen Verschwörungen, die man in Bulgarien entdeckt haben will. So sollen die Rumänen in der Dobrudscha 60 000 Gewehre und eine Anzahl von Maschinengewehren und Granaten aufgefunden haben. Im Anschluß daran wird mitgeteilt, daß französische Truppen aus Rumänien nach Bukarest abgegangen seien, um das Land zu besetzen und die Bulgaren zu entwaffnen.

Riga wieder in den Händen der Bolschewisten?

Berlin, 12. August.

Nach einer Meldung des hiesigen russischen Organs „Prysyn" (Der Ruf) befindet sich nach in Berlin eingegangenen, aber offiziell noch nicht bestätigten Mitteilungen die Macht in Riga wieder in den Händen der Bolschewisten. Der lettische Ministerpräsident Ulmanis hat sich nach Mitau begeben, um General von der Goltz um Hilfe zu bitten. Wie bekannt, hatte Ulmanis sein Augenmerk besonders auf die Entfernung der in Kur- und Livland befindlichen Truppen der baltischen Landeswehr gerichtet. Jetzt hat sich Ulmanis von der Nützlichkeit der Rolle überzeugt, die er bei der Landeswehr im Kampfe gegen die Bolschewisten spielen kann.

Der Zusammenbruch des Kalibergarbeiterstreiks

Die Kommunisten können wiederum einen Mißerfolg verbuchen. Wie man uns mitteilt, soll der mit vielem Aufwand inszenierte Kalibergarbeiterstreik völlig zusammengebrochen sein. Die Streikneigung bestand bekanntlich nur bei den radikalsten Elementen der Kalibergarbeiterschaft. Die Mehrzahl hatte schon vor Ausgabe der Parole „Streik-Ende" die Arbeit wieder aufgenommen, nur in den Spalten des „Volksblattes" bestand der „Generalstreik" weiter. Die feste Haltung der Regierung, die rundweg eine Verhandlung mit den Arbeitern ablehnte, mag auch dazu beigetragen haben, daß sich die Einsicht einer Nutzlosigkeit der Weiterführung des Streiks immer mehr Bahn brach. Gestern, Montag, wurde nun in einer Versammlung der Kalibergarbeiter Stellung dazu genommen, wie man sich die Fortführung des Streiks denke. In geheimer Abstimmung soll dort entschieden worden sein, den nutzlosen Streik abzubrechen und die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Tätigkeit in den Schächten zu veranlassen. Am heutigen Vormittag fanden auf den einzelnen Werken neue Versammlungen statt, in denen die Arbeiter zu dieser Abstimmung Stellung nehmen sollten. Da eine gewisse Streikmüdigkeit schon zu Beginn des „Generalstreiks" der Kalibergarbeiter festzustellen war, so besteht eigentlich gar kein Zweifel, daß die Arbeiter sich dem Beschluß fügen werden. Tatsächlich melden heute einige Werke, daß die Arbeiter dabei sind, wieder einzufahren.

Unter der Wucht dieser Tatsachen wird auch der zweite Schlag der Kommunisten, den sie zu führen beabsichtigten, der Braunkohlenbergarbeiterstreik, ein Schlag ins Wasser werden. Bekanntlich sollten die Braunkohlenbergarbeiter den Kalibergarbeitern ihre Sympathie durch einen Streik dartun. Die Unabhängigen und Kommunisten, besonders die letzteren, waren unentwegt an der Arbeit, um die Braunkohlenarbeiter schon in diesen Tagen zum Streik zu bringen. In allen Revieren hielten sie Versammlungen ab und versuchten durch aufhetzerische Arbeit den Streik ins Werk zu setzen. Auf alle diese Bemühungen folgt nun aber nichts. Nur das Ammendorfer Revier, in dem sie besonders stark gehetzt haben, hat heute, nach den uns vorliegenden Nachrichten, etwas größere Streiflust, dagegen ist im Oberröblinger Gebiet keine Neigung für den Streik vorhanden. Im Zeitz-Weißenfelser Revier, das bislang immer noch am sichersten gewesen ist, dürfte auch dieses Mal keine Streiflust vorhanden sein. Wie wenig Erfolg dort die Propaganda der Unabhängigen erzielte, zeigt das Ergebnis einer von den Kommunisten einberufenen Versammlung, zu der nur zehn (!) Arbeiter erschienen waren. Man nimmt in maßgebenden Kreisen an, daß es in der Braunkohlenindustrie nicht zu einem Ausstand kommen wird, zumal nach dem völligen Zusammenbruch des Kalibergarbeiterstreiks. Die Mehrzahl der Arbeiter hat nach den vielen ergebnislosen Ausständen, die unsere ganze Volkswirtschaft und damit auch wieder den Arbeiter schwächten, eingesehen, daß nur Arbeit und Vernunft zum Ziele führen können. Und dieses Ziel ist immer noch ein geregeltes Staatsleben, in dem die Gesamtheit und damit auch der Einzelne sein Auskommen findet. Der Zusammenbruch des Streiks der Kalibergarbeiter hat bewiesen, daß diese Tatsache von den Arbeitern höher eingeschätzt wird, als alle Versprechungen fanatischer kommunistischer Hetzer.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Am Montag nachmittag wurden im Berliner Herrenhaus die Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung eröffnet Deutscherseits waren Vertreter aller beteiligten Reichs- und Staatsbehörden, sowie der Behörden der Abtretungsbezirke erschienen. Die polnische Kommission besteht aus fünf führenden Delegierten mit dem Unterstaatssekretär Herrn Dr. v. Wroblewski an der Spitze, sowie 40 Ressortvertretern. Seitens der interalliierten Militärmission waren acht Herren zugegen.

Unterstaatssekretär v. Haniel eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache. Er wies darauf hin, daß die deutsche Regierung mit überaus schmerzlichen Empfindungen in die Besprechungen eintrete, gleichwohl aber alles tun werde, um die Verhandlungen zu einem für beide Völker befriedigenden Ende zu führen. Ein Hauptwunsch des deutschen Volkes gehe dahin, daß unsere Volksgenossen, die künftighin Angehörige der polnischen Republik werden, dort als gleichberechtigte Bürger den Schutz ihrer kulturellen Güter genießen. Als Leitsatz der Tagung bezeichnete er den Grundgedanken der Programmrede des Reichsministers Müller, daß unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten von dem guten Willen für gegenseitige Verständigung und von dem Geiste aufrichtiger und ehrlicher Friedensliebe beseelt sein möge.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation begrüßte in seiner Erwiderung die deutsche Delegation, sowie die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0001

Vertreter der interalliierten Militärmission und versicherte im Namen der polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste aufrichtigen Verständigungswillens zu führen entschlossen sei.

Der italienische General Mencevenga dankte in Vertretung des zurzeit von Berlin abwesenden Chefs der interalliierten Militärmission, General Dupont, für die in den Ansprachen der Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen gewidmeten Begrüßungen und erklärte, seitens der interalliierten Mission werde alles geschehen, um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen und zu fördern. Nachdem dann der Zusammentritt einer Kommission zur Aufstellung des Verhandlungsprogramms auf Dienstag vormittag vereinbart worden war, wurde die Sitzung geschlossen.

*

Ueber die Gegenstände, die zur Erörterung stehen, erhielt eine Nachrichtenstelle:

Ausschuß für politische und staatsrechtliche Angelegenheiten: 1. Entlassung der Geiseln und Internierten, Amnestie für Straftaten, die mit der polnischen Erhebung zusammenhängen; Rückzahlung der Kautionen; Ueberleitung der Rechtspflege in den abzutretenden Gebieten. 2. Regelung des Provisoriums bis zur endgültigen Uebergabe der abzutretenden Gebiete bei den Landratsämtern und Gemeindeverwaltungen, in der Rechtspflege und bei den Spezialverwaltungen. 3. Frage der einstweiligen Belassung von Beamten für die Zwecke der polnischen Verwaltung über den Zeitpunkt der Uebergabe hinaus. Zum Anschluß hieran soll auch die Sicherung der vorübergehend in polnischen Dienst tretenden Beamten in Bezug auf Besoldung, Kündigungsfristen, Steuerverhältnisse und ständig unbehinderte Ein- und Ausreise erörtert werden, ebenso auch die Sicherung der in Polen bleibenden Zivilbevölkerung, insbesondere der Ansiedler. Ferner stehen die Fragen des Erwerbs der polnischen Staatsangehörigkeit durch Personen, die nach dem 1. Januar 1908 zugezogen sind, und der Liquidation deutschen Privatvermögens (insbesondere auch Sicherstellung hypothekarischer Forderungen deutscher Reichsangehöriger), der Sach- und Personalschäden aus Anlaß der polnischen Erhebung, der Kirchen- und Schulverhältnisse und der militärischen Ausbeuung zur Besprechung.

Finanzausschuß: 4. Uebergabe der Verwaltung und der fiskalischen Vermögenswerte bei den Regierungen und Landratsämtern; finanzielle Auseinandersetzung von Reich und Staat, dabei auch Eintritt in Verträge; Liquidation der Ansiedlungskommission.

Ausschuß für wirtschaftliche und Verkehrsangelegenheiten: 5. Wirtschaftliche Beziehungen, vorläufige Einigung über Warenaustausch, Verkehrswesen, Zollwesen, Bankwesen, Währungsfragen.

Militär-Ausschuß: 6. Militärische Fragen und polizeiliche Sicherungsmaßnahmen in der Uebergangszeit.

Nach jeder Sitzung findet die protokollarische Festlegung durch unterschriftliche Vollziehung der beiderseitigen Kommissare statt. Es soll dann die Form des abzuschließenden Staatsvertrages festgelegt werden. Zugeständnisse auf dem einen Gebiete und Gegenzugeständnisse auf einem anderen sollen den Gesamt-Zusammenhang für alle oben angeführten Gegenstände wahren.

Die Notlage der Eisenbahnen

Neue Verkehrseinschränkungen und Tariferhöhungen.

Der Minister Oeser sprach am Montag vor den Mitgliedern der Handelskammer zu Berlin über die Betriebslage der Staatseisenbahnen und den Herbstverkehr. Er wies einleitend darauf hin, daß sich ein großer Teil des Volkes des Ernstes der Lage gar nicht bewußt sei. Man beteilige sich an Spielen und Tänzen wie vor dem Kriege und denke nicht daran, daß wir einen Weltkrieg verloren haben. Die Verhältnisse bei der preußischen Staatseisenbahn sollten doch zu denken geben. Jeder Tag erfordere aus dem Staatssäckel einen Zuschuß von 10 Millionen Mark. Der Personenverkehr betrage nur noch 15 Prozent des im Frieden üblichen, der Schnellzugverkehr sei auf 4 Prozent gesunken und der Sommerfahrplan habe sich auf 42 Prozent des Friedensplanes vermindert. Eine Hoffnung auf Besserung sei nicht vorhanden. Schuld an den Verhältnissen seien die fortdauernden Streiks und die Kohlennot. Verkehrseinschränkungen wären daher unvermeidlich. Und für den Winter seien sehr einengende Bestimmungen für den Personenverkehr weiterhin unausbleiblich. Unter der Kohlennot leide nicht nur die Eisenbahn, sondern das gesamte deutsche Wirtschaftsleben einschließlich der Landwirtschaft. Die Arbeiterschaft treffe an dem Kohlenmangel keine Schuld. Die Leistung der Kohlenhauer habe sich nur entsprechend der verringerten Arbeitszeit vermindert, aber es seien 1700 Bergleute abgewandert, die nicht zu ersetzen seien. Die Verhandlungen in Versailles in bezug auf die Kohlenfrage seien noch nicht abgeschlossen, aber nach den vorliegenden Aeußerungen des bevollmächtigten französischen Verhandlungsleiters sei eine Erleichterung des Friedensvertrages in dieser Beziehung nicht zu erhoffen. Die Staatsbahnen hätten in normalen Zeiten Kohlenvorräte für 90 Tage. Zur geregelten Abwickelung des Betriebes sei ein solcher Vorrat unbedingt notwendig. Am 7. August wären nur noch Vorräte für 10,1 Tage vorhanden. Durch die Lage im besetzten Osten werde das Verhältnis noch ungünstiger. Am 7. August hätte die Staatsbahn für Berlin nur noch für zwei bis drei Tage Vorräte, wenn sich die Lage nicht schleunigst ändere, müsse es im Winter zu einer Katastrophe kommen. Die Kohlenausfuhr sei verhältnismäßig gering. Da die Kohlennot international sei, würden die sämtlichen am Kriege beteiligten Mächte, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Reiches, auf unsere Kohlen zurückgreifen. Der Minister fuhr fort:

Der Lokomotivbestand ist durchaus ausreichend, aber die Maschinen sind größtenteils reparaturbedürftig. Die Ursachen liegen in der großen Abnutzung während des Krieges infolge der Verwendung von Ersatzmetallen und des Verbrauchs von schlechtem Schmieröl. Der Achtstundentag verursacht ebenfalls gewisse Schwierigkeiten. Die private Lokomotivindustrie arbeitet noch schlechter als der Staatsbetrieb. Der Verband der Lokomotivfabriken hofft im September 120 Lokomotiven fertigzustellen.

Der Minister wird die eigenen Staatswerkstätten möglichst vervollständigen. Trotz der großen Arbeiterzahl der Staatswerkstätten ist die Arbeitsleistung nicht mit der in der Friedenszeit vergleichbar. Aus allen diesen Gründen ist die Eisenbahn gezwungen, soviel Kohlen als nur möglich aus den Zechen abzufahren. Es wird daher für die anderen Güter auf längere oder kürzere Zeit eine Sperre eintreten müssen. Die ernste und schwere Sorge unserer Regierung bezieht sich auf den Herbst. Für jede über die Kalkulation ersparte Stunde soll eine Gewinnbeteiligung eingeführt werden. In einer Werkstätte ist das Experiment geglückt, und der so erzielte Gewinn wird an die Arbeiterschaft, die Unternehmer und den Staat verteilt. Unter Mitwirkung der Arbeiterschaft muß man wieder zu normalen Arbeitsbedingungen und Arbeitsleistungen kommen. Es seien keine wirtschaftlichen Streiks mehr nötig. Die Kapitalisten könnten die Arbeiter ruhig den Finanzministern überlassen. Gehen die wirtschaftlichen Streiks so weiter, so werden letzten Endes die Arbeiter diejenigen sein, welche die Hunde beißen. Der Sozialkampf muß künftig auf der Grundlage der Leistung geführt werden. Der Minister gab zu, daß die Lohnverhältnisse bei der Eisenbahn nicht ideal seien, aber ohne den Kampf um die Leistung, kommen wir zu einer dauernden Verelendung. Der Verkehr muß infolge der Verhältnisse zwangsweise abgedrängt werden, sonst wird der Zusammenbruch unvermeidlich. Aus diesem Grunde und infolge der steigenden Unkosten haben Bayern, Württemberg und Sachsen bereits einen Antrag auf Tariferhöhung gestellt. Bedauerlicherweise wird eine Erhöhung der Güter- und Personenpreise unvermeidlich sein. Das Unternehmertum muß aus seiner scheinbaren Lethargie erwachen und sich am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens mehr als bisher beteiligen. Eine Sozialisierung der Köpfe und Herzen ist beinahe wichtiger als gewisser Industriegruppen. Die Arbeiter und Beamten müssen bei ihrem Handeln den Interessen der Allgemeinheit gerecht werden.

Die Burschenschaft gegen Schwarzrotgold

Der Burschenschaftertag in Eisenach hat zu den neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, den Farben der alten deutschen Burschenschaft und vieler heute bestehender Burschenschaften, mit folgender Erklärung Stellung genommen:

Die Nationalversammlung hat die Farben Schwarz-Rot-Gold, die seit mehr als hundert Jahren die Farben der deutschen Burschenschaft gewesen sind, als Farben des Deutschen Reiches gewählt. Die Burschenschaft sieht mit tiefer Trauer, daß das schwarz-weiß-rote Banner des 1871 gegründeten Deutschen Reiches damit niedergeholt ist, das Banner, unter dem Reich und Volk zu hohem Ansehen in der ganzen Welt gelangt und unter dem Tausende von Mitgliedern der Burschenschaft in den Kampf und in den Tod für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes gegangen sind. Die alten Burschenschaftsfarben waren das Symbol der deutschen Einheitsbewegung. Für sie hatten die alten Burschenschafter Not und Verfolgung auf sich genommen. Die Farben wurden bei der Reichsgründung von dem nationalen Schwarz-Weiß-Rot abgelöst. Wenn jetzt in der Nationalversammlung mit schwacher Mehrheit die Farben Schwarz-Rot-Gold zu den neuen Reichsfarben erklärt worden sind, so können diese nicht als nationales Einheitssymbol im Sinne der alten Burschenschaft angesehen werden. Die deutsche Burschenschaft ist mit vielen Volksgenossen der Meinung, daß ein Flaggenwechsel unnötig war und beklagenswert ist.

Eine große Explosion in Kiel

Kiel, 12. August.

Auf der Kieler Reichswerft erfolgte heute morgen um 8 Uhr beim Verladen von Munition eine minenartige Explosion, wodurch große Verheerungen angerichtet worden sind. Die auf der Werft arbeitenden Personen wurden sehr schwer verletzt. Bis jetzt wurden vier Tote und eine große Anzahl Verwundeter gezählt. Auch auf der Kieler Germania-Werft gab es Verwundete. Der Sachschaden ist bis jetzt unberechenbar. Tausende von Schaufenstern und anderen Fensterscheiben sind der Explosion anheimgefallen.

Sachsen in der Welt voran . . . .

Dresden, 11. August.

Die sächsischen Staatseisenbahnen werden demokratisiert. Die Regierung hat genehmigt, daß überall Arbeiter- und Beamtenräte gebildet werden, die zwar gemeinschaftlich verhandeln, aber getrennt abstimmen. Kommt keine Einigung zustande und kann sich der Dienststellenvorstand mit den Arbeiter- und Betriebsräten nicht einigen, so geht die Angelegenheit an die höhere Instanz. Bei der Generaldirektion der Eisenbahnen soll ein Zentral-A. und B.-Rat eingerichtet werden.

Damit hat Sachsen den zweifelhaften Ruhm, als erster Freistaat nach der Revolution die Macht im eigenen Hause freiwillig aus der Hand gegeben zu haben. Bis jetzt war in Sachsen der Eisenbahnverkehr weniger durch Streiks gefährdet, als im benachbarten Preußen, wo sich die Eisenbahner ganz in das Schlepptau der Kommunisten gehängt haben. Es wäre eine ungewollte Komik, wenn jetzt, nach der „glücklichen Demokratisierung", die sächsischen Eisenbahner die Vernunft verlieren würden und — so ist's ja immer — statt des dargereichten Fingers die ganze Hand verlangten.

Carnegie gestorben

Rotterdam, 12. August.

Nach einer Newyorker Meldung ist Andres Carnegie gestern zu Stock Bridge im Staate Massachusetts gestorben.

Neue Bedrohung Lettlands

Mitau, 12. August.

In der Richtung Lambung und Lugafluß greifen die Bolschewisten mit starken Kräften an. Die Angriffe sind bisher abgewiesen worden.

Räterepublik Hof i. B.

Aus Hof i. B. vom 11. August, meldet der „Bol.-Anz.": Es scheint der bayerischen Regierung unbekannt zu sein, daß in Hof und Umgebung sich eine neue Räteregierung aufzumachen beginnt. Seit Wochen kommen Spartakisten aus allen Teilen Deutschlands nach Hof; eine Anzahl trifft schon als Matrosen auf. Ungestört terrorisieren Unabhängige und Kommunisten die ganze Bevölkerung der Stadt und Umgebung, die hilflos den Radikalen ausgeliefert ist. Durch die völlige Handlungsfreiheit, die der U. S. P. D. und der K. P. D. zugestanden ist, werden ihnen Angehörige bürgerlicher Kreise und selbst Beamte geradezu in die Arme getrieben. Schon greift die kommunistische Welle weiter um sich. In Wunsiedel wurde ein Vortrag durch einen sächsischen Kommunisten gehalten, in dem zum offenen Kampf gegen das „verbrecherische Bürgertum" aufgefordert wird, und zwar mit Gewalt, auch wenn es Opfer koste, denn diese ständen ja doch in gar keinem Verhältnis zu dem im Krieg erforderten Opfern; auch die Bewaffnung der Kommunisten wird verlangt. Die Plakate des Spartakusbundes dürfen öffentlich angeschlagen werden, während sich die Bürgermeister weigern, Werbeplakate der Reichswehr anbringen zu lassen. Hof bildet heute das Sammelbecken der Spartakisten aus Bayern, Sachsen, Böhmen und Deutschösterreich.

Falkenhayn gegen freiwillige Auslieferung

In der Presse war die Nachricht verbreitet, daß General von Falkenhayn in einem Schreiben an den Obersten Alliierten rat diesem am Stelle des Kaisers sich zur Verfügung gestellt hätte. Hierzu erklärt der General folgendes:

„Demgegenüber lege ich Wert darauf, festzustellen, daß ich in dieser Angelegenheit unter dem 5. Juli lediglich folgende Drahtung an den Herrn Reichspräsidenten gerichtet habe:

„Da mein Nachfolger in der Stellung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Generalfeldmarschall von Hindenburg, wie ich aus den Zeitungen ersehe, es für notwendig erachtet hat, auf die dem Chef des Generalstabs obliegende Verantwortlichkeit für die Anordnungen und Handlungen der deutschen Obersten Heeresleitung, auch für alle mit der Kriegführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs, noch besonders hinzuweisen, bemerke ich, daß diese Verantwortung für die Zeit vom 14. September 1914 bis zum 29. August 1916 selbstverständlich mir zufällt.

Ich bitte, den alliierten und assoziierten Regierungen auch diese Erklärung mitteilen lassen zu wollen. Auf ihre Veröffentlichung lege ich meinerseits keinen Wert."

So bedingungslos ich natürlich jederzeit bereit bin, die sich aus meiner dienstlichen Verantwortlichkeit und meiner persönlichen Treue für den Kaiser und König ergebenden Pflichten zu erfüllen, so wenig denke ich daran, mich den Feinden freiwillig zur Verfügung zu stellen und damit bei denen jedem Rechtsgefühl Hohn sprechendes Verfahren anzuerkennen.""

General der Infanterie v. Falkenhayn.

An alle Deutschen!

Hilfe den Deutschen in der Ostmark

Die Zeit naht, in der weite Teile unserer Ostprovinzen dem polnischen Staat zu unserem Schmerz werden einverleibt werden müssen. Mit banger Sorge sieht die Mehrheit der doktigen deutschen Bevölkerung ihrem unvermeidlich gewordenen traurigen Schicksal entgegen. Wie wird ihre Zukunft sich gestalten? Die Polen freilich versprechen den Deutschen alles Gute. Und in der Tat werden sie zunächst alle Gewaltätigkeiten gegen sie wenigstens in den westpreußischen Gebietsteilen zu vermeiden suchen. Sind sie doch auf die Deutschen in vielen Dingen angewiesen. Westpreußen zählt 1 097 943 Deutsche und nur 475 853 Polen. Ueberall in Stadt und Land haben die Deutschen weitaus die Vorherrschaft. Außerdem brauchen die Polen die deutschen Beamten, die sie einstweilen gar nicht entfernen können, auch wenn zahlreiche Deutsche jetzt das abgetretene Land verlassen. Deshalb werden die Polen sich in Westpreußen einstweilen hüten, die deutsche Bevölkerung zu vergewaltigen. Aber nur einstweilen. Die Zeiten werden sich ändern. Haben die Polen erst das Heft in der Hand, dann werden sie ohne Zweifel andere Saiten aufziehen. Und mit allen Mitteln werden sie auf diesen Zeitpunkt hinarbeiten. Dann beginnt der Kampf zur Unterdrückung und Ausrottung des Deutschtums, wie er in Posen, wo die Polen die Mehrheit haben, schon längst begonnen hat. Rücksichtslos wird dort das Deutschtum vergewaltigt. In der Stadt Posen sind alle Schulen außer dem Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, einer evangelischen Stiftung, polnisch gemacht. In den Volksschulen sind alle deutschen Lehrer abgesetzt. An ihre Stelle hat man oft Männer und Mädchen gesetzt, die in Sechswochenkursen ausgebildet sind, wie Gärtner, Postschaffner u. a. m. Man hält es nicht für nötig, daß die Kinder Polens soviel lernen wie früher. „Nur der preußische Fakatismus hat in der Volksschule die Kinder soviel mit Lernen gequält." Die Folge ist, daß das Schulwesen zusehends verloddert. In der Posener Stadtverordnetenversammlung mit deutscher Mehrheit ist die Verhandlungssprache polnisch. Das deutsche Theater geht in polnische Hand über. So geht es im ganzen Lande. So wird man auch bald in anderen Gebieten verfahren. Uns blutet das Herz, wenn wir daran denken, daß dem Deutschtum in altpreußischen Provinzen von hoher deutscher Kultur auf diese Weise allmählich das Grab gegraben werden soll.

Sollen wir im deutschen Vaterlande demgegenüber die Hände in den Schoß legen? Mit wohlwollenden Sympathiekundgebungen der Regierung, der Parlamente und vaterländischen Vereine ist dem schwer bedrängten Deutschtum der verlorenen Ostmark allerdings nicht gedient. Hier kann nur die Tat, opferfreudige und willige Tat helfen. Und zu dieser möchte ich, ein Sohn Westpreußens, der jahrzehntelang dort gelebt und gewirkt hat, alle deutsch fühlenden Kreise des Vaterlandes hiermit aufrufen. Es gilt meines Erachtens die Pflege und Förderung des deutschen Geistes in den abgetretenen Gebieten vor allem bei der deutschen Jugend. Auf diese muß sich in erster Linie alle Fürsorge erstrecken. Deutsche Schulen müssen erhalten, beziehungsweise neu begründet, deutsche Jugendbüchereien und Lesehallen ins Leben gerufen, durch Turnen, Sport, Spiel und deutsches Lied die deutsche Jugend körperlich und geistig in deutschem Geist erzogen und gefördert werden. Strebsamen und begabten Jünglingen und Jungfrauen muß durch ausreichende Stipendien die Möglichkeit gegeben werden, im deutschen Vaterlande zu studieren oder sonst für ihren Beruf sich auszubilden, damit sie als tüchtige Pioniere des Deutschtums dann wieder in der Heimat wirken können. Eine wesentliche Aufgabe für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten wird besonders auch den deutschen Kirchen und Pfarrämtern zufallen. Auch diesen wird tatkräftige Unterstützung zu und aus zuteil werden müssen.

Das alles freilich erfordert Geld, viel Geld. Aber wenn irgendwo, dann wird dies Geld, für diesen Zweck aufgewandt, reiche Zinsen tragen. Es müßten meines Erachtens überall in deutschen Landen Vereinigungen sich bilden für diesen hohen vaterländischen Zweck, den zu fördern Aufgabe jedes Deutschen sein sollte ohne Rücksicht auf seine Parteistellung. Diese örtlichen Vereinigungen, zu einem Gesamtverbande mit zentraler Leitung zusammengeschlossen, könnten und würden dann eine Macht werden, um Großes zu erwirken zur Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in den verlorenen Teilen Ost- und Westpreußens, Posens und Schlesiens in Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Indem ich diese Anregung durch die Presse weitergebe, bitte ich alle diejenigen, bei denen sie Zustimmung finden sollte und die mit Hand anzulegen willens wären, sich mir freundlichst in Verbindung setzen zu wollen.

Hammer, Superintendent, Nordhausen a. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0002

„Denkt Kinder und Enkel ...!"

„Denkt Kinder und Enkel ...!" Eine Materialiensammlung zur Beurteilung der demokratischen und sozialistischen Politik." Von Dr. Fritz-Stephan Neumann. Verlag Otto Elsner-Berlin.

Besprochen von
Geh. Hofrat Prof. G. von Below (Freiburg i. B.).

In den „Grenzboten" vom 8. November 1918 las ich die Worte: „Deutschland geht wie vor 300 Jahren an seiner Unbeweglichkeit zu Grunde. Diesmal nahte der Versucher in der Gestalt des innerpolitischen Fortschritts!" Ein prophetisches Wort! Wir sind ja in der Tat seit dem November recht gründlich „zu Grunde gegangen", und zwar ganz wesentlich dadurch, daß man immer von neuem ein „innerpolitischer Fortschritt" vorgaukelt wurde, und daß uns gesagt wurde, wir könnten mit „Freiheit" alles machen, und die Außenwelt wolle uns nur „Freiheit" verschaffen, während sie uns tatsächlich unterdrücken will und uns auch ganz niedergedrückt hat. Wer freilich die Dinge mit offenen Augen ansah, der mußte auch schon vor dem Oktober die Anschauung gewinnen, daß die extreme Demokratie unsere größte Gefahr war, und daß unsere Demokratie der Sozialdemokratie vollkommen der Fähigkeit exmangelten, die vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden, daß ferner die Fortsetzung ihrer Herrschaft uns dem Abgrund zuführte. Das Elend unsere Lage: Die Demokratie hat uns ins Elend gebracht und sieht sich täglich mehr außerstande, einen Ausweg aus dem Elend zu finden.

Helfen kann uns nur rückhaltlose Ehrlichkeit, gründliche Selbsterkenntnis, Erkenntnis des Kerns der schlechten und häßlichen Dinge. Eine Verschleierung hat wahrlich keinen Zweck. Der politische Schwindel muß aufgedeckt werden. So begrüßen wir denn ein soeben erschienenes Buch, das diesen Zweck mit Geschick verfolgt und, wie wir sogleich hinzufügen wollen, mit erfreulichem Erfolg erfüllt. Dr. F. St. Neumann setzt sich seinem jetzt vorliegenden Werk „Denkt Kinder und Enkel ...! Materialiensammlung zur Beurteilung der demokratischen sozialistischen Politik" (Berlin, Verlag von Otto Elsner, VII 62 S.) das Ziel, die deutschen Lebenstragen, welche durch Revolution und die über sie hereingebrochenen Wirren aufgeworfen sind, wahrheitsgetreu zu schildern und unbefangen zu erörtern. Er will dem Leser die Mittel bieten, ihm die eigene Urteilsbildung über die demokratisch-sozialistische Politik und die unabsehbaren Gefahren zu erleichtern. Der Verfasser will nicht für eine Partei arbeiten, sondern nur einfach unserm Volk und allen, dem heutigen Geschlecht dazu helfen, daß sein Andenken den Kindern und Enkeln nicht in Unehren fortlebe. Er will die Denkenden wachrütteln und durch sie die wahre Kenntnis der Lagen und umringenden Gefahren und von den Mitteln der Rettung in immer weitere Kreise gelangen lassen. Mit vollem Recht sagt er: „Bleiben Demokratie und Sozialismus in demselben Umfang, in welchem sie unter schändlicher Ausnutzung der Notlage des Landes die politische Gewalt an sich rissen, auch weiterhin an der Macht, so ist unsere nationale Wiedergeburt unmöglich, unser Heldendasein auch für Kinder und Enkel beendet."

Der Verfasser bietet sein Material in alphabetischer Anordnung. Das ist in der Tat die zweckmäßigste Art. Mit Recht berücksichtigt er ebenso das Ausland wie das Inland. Denn das ist eben unser trauriges Geschick, daß so viele Deutsche die farbenden Schilderungen der angeblich so freien und volksfreundlichen Zustände des Auslandes, mit denen wir beglückt werden, glaubten, während in Wahrheit unser altes Deutschland viel reicher an wahrer Freiheit und echt volksfreundlichen Einrichtungen war als das künstlich und lügenhaft verherrlichte Ausland. Mit Recht hat der Verfasser ebenso die Verfehlungen wie die Tugenden, da eben in den Personen die Verhältnisse sich spiegeln, die Personen den Dingen den Lauf geben. So fehlen denn auch Artikel über Bethmann und Wilson. Auch den Zusammenhang unserer schlechten auswärtigen Politik mit der Demokratie hat der Verfasser richtig erkannt. Es ist ja kein Zweifel, daß Bethmann der erkorene Liebling der Demokratie war: mit seiner politischen Eigenart und seinen allgemeinen Anschauungen war er ganz der Mann nach ihrem Herzen, führte die ausmärkische Politik in der lässigen, untätigen Weise, wie es dem Sinn und Geist der Demokratie entsprach.

Um ein paar besonders inhaltreiche Artikel herauszugreifen, nennen wir: Beamtentum, Berliner Tageblatt, Demokratie, Freiheit, Gleichheit, International, Parlamentarisierung, Schuldfrage (am Kriegsausbruch und am Zusammenbruch), Spionage, Wehrlosmachung. Man liest die Artikel stets mit weiter Befriedigung, zugleich aber, bei der geschickten und lichtvollen Darstellung, mit Genuß (soweit die betrübenden Dinge, über die sie zu berichten ist, einen literarischen Genuß aufkommen lassen). In einem solchen Werk, wie wir es hier vor uns haben, steckt eine Fülle mühsamster Arbeit; wie viel war nachzuschlagen, zu sammeln und zu ordnen! Es ist eine Leistung für die Allgemeinheit, während der Verfasser den geringsten Genuß und die größte Mühe bei der Ausarbeitung hat. Danken wir dem Verfasser für seine große Mühewaltung, indem wir sein Buch möglichst verbreiten und empfehlen. Die Verwertung des reichen Inhalts wird so bequem zugänglich gemachten Stoffs wird reiche Früchte tragen.

Juden als Bolschewistenführer

Die Leiter der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung, die während des Krieges manches getan hat, um den deutschen Siegeswillen und Selbsterhaltungstrieb zu lähmen, sieht jetzt ihre Aufgabe darin, ein internationales Vorgehen gegen die Judenpogrome im Osten Europas in einer Zuschrift an das Anti-Pogrom-Komitee in Amsterdam vorzuschlagen.

Wir selbst haben nichts für die Polen übrig, wir selbst verurteilen die Gewalttätigkeiten; aber wir wären dankbar, wenn endlich die orientalischen Ueberfreibungen auch in dieser Sache verschwinden würden. Insbesondere hat die „geistige und sittliche Elite der Welt" wirklich nicht die Aufgabe, sich einseitig für die Juden in Polen ins Zeug zu legen und allenthalben der Unterdrückten und vergewaltigten Deutschen zu vergessen. Bemerkenswert verdient die folgende Stelle aus dem langen von dem Amsterdamer „Allgemeen Handelsblad" aus weiter verbreiteten Artikel eine besondere Wiedergabe:

„An vielen Plätzen der Erde ist der Antisemitismus wieder kräftig aufgelodert, vielfach schwelt er, vorläufig noch unsichtbar, unter der Oberfläche. Genährt wird er dadurch, daß immer wieder als Führer des Bolschewismus und der Anarchie Juden auftreten. Keine menschlich schönere und kulturell bedeutsamere Tat könnte das internationale Judentum unternehmen, als es sich schnellstens der kleinen Elite-Gruppe holländischer Juden anschließt, die im Begriff ist, einen „Bund der Weltbürger" (Bond der Wereldburgers) zu gründen. Weltbürger unter dem Sonnenlande der Erkenntnis, die wissen, daß ewige und unwandelbare Gesetze in der Sphäre des Unsichtbaren die Grundlage der sichtbaren Welt vorbereiten und formen."

Das Bekenntnis, daß immer wieder Juden als Führer der Anarchie und des Bolschewismus auftreten, verdient zum mindesten festgehalten zu werden. Daß dabei versucht wird, den Antisemitismus überhaupt für die sogenannten Judenpogrome verantwortlich zu machen, kennzeichnet die Kampfesweise von selbst, die ganz genau wissen können, daß der deutsche organisierte Antisemitismus Gewalttaten ausdrücklich ablehnt, und daß er mit den polnischen Pogromleuten nichts zu tun hat. Insbesondere ist auch der Satz:

„Solange diese geistig-sittlichen Seuchenherde im Osten weiterhin weiter bestehen, solange werden sie immer von neuem die gesamte Kulturwelt infizieren, solange wird die Welt nicht zur Ruhe kommen",

dieser Satz, an dessen Unwahrheit auch der Leiter der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung nicht zweifeln kann, eine Infamie. Infamie ist es auch, wie in dem Artikel geschieht, die Judenfrage mit der „Religion" zusammenzubringen, und Infamie ist es schließlich, die Regierung Sowjet-Rußlands, diese zum großen Teil russisch-jüdischen Bestien, wie die offizielle Liste der „Iswestija" erweisen kann, als antisemitische Judenverfolger auszugeben.

Klarheit über Erzberger!

Ein Brief an den Reichspräsidenten.

Zu den gegen den Reichsfinanzminister Erzberger in der Oeffentlichkeit erhobenen schweren Anschuldigungen hat der Abg. Dr. Mittelmann (Deutsche Volkspartei) ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem es heißt: Der Kampf um ein Mitglied Ihres Ministeriums, nämlich den Reichsfinanzminister Erzberger, wird schon seit Wochen in breitester Oeffentlichkeit geführt, und eine Anklage folgt der anderen, ohne daß einwandfrei an berufener Stelle, nämlich vor Gericht, festgestellt wurde, in welchem Lager Recht und Wahrheit und in welchem Unrecht und Lüge sich befinden. Die Vorwürfe, die gegen den Reichsfinanzminister erhoben werden, sind so schwer, daß, wenn sie gerechtfertigt sein sollten, jener ein für allemal erledigt würde. Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten, entweder der Reichsfinanzminister steht rein und makellos da, dann gebören diejenigen vor den Strafrichter, die dem zweithöchsten Beamten des Reiches Lügen, Verleumdung, Landesverrat, Mißbrauch des Abgeordnetenmandats zu persönlichen geschäftlichen Zwecken, und wie die Anschuldigungen mehr lauten, vorwerfen, oder der Reichsfinanzminister hat sich solcher Verfehlungen tatsächlich schuldig gemacht, dann gehört er vor das Gericht. Unter keinen Umständen aber darf die Sache auf sich beruhen, denn nicht von irgendwelchen namenlosen Leuten werden die schweren Anklagen erhoben, sondern sie gehen von dem früheren freiwilligen Reichskanzler Dr. Helfferich und anderen bekannten angesehenen Männern aus und werden tagtäglich in der breitesten Oeffentlichkeit erörtert.

Denken Sie an die Beamtenschaft! Mit welchen Augen soll sie auf ihre höchsten Vorgesetzten blicken, wenn Vorwürfe, wie sie in keinem Lande und zu keiner Zeit jemals gegen einen Staatsmann erhoben worden sind, unbestraft ausgesprochen werden können, also zum mindesten doch gerechtfertigt erscheinen.

Die Spesen der „Revolutionäre"

In der „Volksstimme" in Magdeburg lesen wir unter dieser Ueberschrift:

Innerhalb der deutschen Eisenbahnerbewegung hat sich noch ein „Zentralrat" aufgetan, der in unabhängigem Fahrwasser schwimmt und für die Räde-Idee eintritt. Diesem „Zentralrat" ist von der Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes eine unbestimmte Summe zur Bestreitung seiner Auslagen bewilligt worden. Nach einigen Wochen zeigte sich, daß sich dieser Zentralrat über den Kopf der Verbandsleitung hinweg Rechte anmaßte, die ihm nicht zustanden. Ja, sogar gegen den Vorstand des Verbandes wurde von dieser Stelle aus gewühlt und allerlei Streikputsche angezettelt. Dieses Treiben wollte sich der Eisenbahnerverband nicht länger gefallen lassen und er entzog dem „Zentralrat" kurzerhand den Kredit. Man kann schließlich einer Gewerkschaft nicht zumuten, die Mittel zu Zwecken zur Verfügung zu stellen, die dem Arbeiterinteresse feindlich gegenüberstehen. Darob ist nun im Zentralrat große Entrüstung ausgebrochen, und man wirft dem Vorstande des Eisenbahnerverbandes „Gemeinheit" vor.

Dieser sieht sich deshalb veranlaßt, über die Finanzgebarung des Zentralrats folgendes mitzuteilen:

Der Zentralrat erhielt auf seinen Antrag am 30. April 1919 und am 16. Mai 1919 je 10 000 Mark, am 17. Juni 1919 7000 Mark und am 25. Juni 1919 8000 Mark, zusammen 30 000 Mark. Was außerdem auf Sammellisten eingegangen ist, entzieht sich der Kenntnis des Vorstandes.

Ueber die Ausgaben unterrichtet folgende Aufstellung:

Ausgaben des Zentralrats.

Tagegelder:		
an Hertel vom 13. 4. bis 15. 6.		2400,— M
„ Wildt vom 14. 4. bis 15. 6.		2521,— „
„ Menche vom 14. 4. bis 15. 6.	2400	
„ Menche vom 31. 5. bis 2. 6.	120	2520,— „
„ Klütz vom 26. 4. bis 15. 6.		2040,— „
„ Michaelis vom 26. 4. bis 15. 6.		2040,— „
Tagegelder und Lohn:		
„ Vormann vom 12. 4. bis 15. 6.		3648,— „
„ Förster vom 18. 4. bis 20. 5.	442,40	
„ Förster vom 3. 6. bis 6. 6.	153,60	596,— „
Lohnausfall:		
„ Wildt vom 14. 4. bis 15. 6.		856,— „
„ Michaelis vom 12. 4. bis ?	130,80	
„ Michaelis vom 26. 4. bis 15. 6.	540,—	670,80 „
„ Menche vom 7. 4. bis 15. 6.		880,— „
Fahrgelder:		
„ Hertel		12,40 „
„ Wildt		30,— „
„ Menche		314,— „
„ Klütz		97,— „
„ Vormann		234,— „
„ Michaelis		261,40 „
Porto und Telegramme		227,44 „
Sonstiges (Kranz 80,— M, Druckschen 256,50 M)		336,50 „

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Mitglieder des Zentralrats für jeden Tag 40 Mark Spesen bezogen haben, einerlei, ob sie in Berlin waren oder nicht. Die Generalversammlung in Jena hat aber ausdrücklich bestimmt, daß außerhalb Berlins nur der Satz von 26 Mark, der auch für die übrigen Verbandsfunktionäre gilt, berrechnet werden darf.

Weiter ist festgestellt worden, daß zwei Mitglieder des Zentralrats, Vormann und Klütz, während der Generalversammlung in Jena die für die Teilnahme an der Generalversammlung bestimmten Spesen von 35 Mark pro Tag außer den bereits im voraus erhaltenen 40 Mark bezogen haben. Vormann hat 580 Mark und Klütz 532 Mark in Jena erhalten. Während Klütz diesen Betrag bis auf einen Rest von 217 Mark zurückgezahlt hat, hat Vormann bisher nichts zurückerstattet und somit während der Generalversammlung täglich 75 Mark Spesen bezogen.

Man sieht, die Herren Revolutionäre verstehen, auf großem Fuße zu leben. Es geht ja auf Kosten der Allgemeinheit.

Ein unerwartetes Lob

In der Demokratischen Partei geht mancherlei vor, was auf tiefgehende innere Zerklüftung schließen läßt. Die Hauptaufgabe sieht man an leitenden demokratischen Stellen bekanntlich in der Bekämpfung der Deutschnationalen. Die „Demokratische Parteikorrespondenz" ist fortgesetzt auf der Suche nach irgendwelchen Anlässen, die Deutschnationale Volkspartei oder einzelne ihrer Abgeordneten anzurempeln. Besonders verlegt sie sich dabei darauf, die Deutschnationalen anzugreifen, weil sie doch nichts weiter als die alten Konservativen seien und als solche für jeden echten Demokraten selbstverständlich ein Gegenstand des Abscheues sein müßten. Man hat freilich nicht immer den Eindruck, daß hinter diesen Auslassungen des demokratischen Parteiorgans die geistig führenden Kreise der Demokratie ständen. Und jetzt zeigt sich in einem Einzelfalle, daß in der Demokratischen Partei auch ganz andere Ansichten über die Deutschnationalen und sogar über die „Junker" unter ihnen wohnen. Der bekannte demokratische Abgeordnete Gothein hat in der sehr links stehenden Wiener „Neuen Freien Presse" einen Aufsatz über die so erregte Sitzung der Nationalversammlung vom 25. Juli veröffentlicht, in dem man über das Auftreten des deutschnationalen Abgeordneten v. Graefe folgendes liest:

„.... Dann folgt der mecklenburgische Junker von Graefe mit einer wuchtigen und ätzenden Anklagerede gegen das parlamentarische System, die jetzige Regierung und die Revolution. Herr von Graefe, der Sohn des berühmten Augenarztes und Erfinders des Augenspiegels, ist eine schlanke, aristokratische Erscheinung. An Temperament, Witz, Geist und Schlagfertigkeit den meisten seiner adligen Kampfgenossen weit überlegen. Seine schonungslose Kritik an den jetzigen traurigen Zuständen enthielt viel Treffendes. Keine Schwäche und Unzulänglichkeit des jetzigen Systems, wie der Ministerreden, ließ er sich entgehen. Es war eine Rede, dazu bestimmt, in Millionen von Exemplaren auf dem Lande verbreitet zu werden ...."

Wenn der Artikel des Wiener Demokratenblattes nicht von Herrn Gothein gezeichnet wäre, könnte man wirklich zweifelhaft sein, ob dies Lob eines „aristokratischen" Politikers und dieser Beifall zu seinen Anklagen gegen das jetzige, demokratische System aus der Feder eines demokratischen Abgeordneten, eines der Führer dieser Partei stammen kann. Aber es ist offenbar Tatsache. Sie mag freilich in der Demokratischen Partei zu einem lebhaften Köpfezusammenstecken geführt haben und noch Stoff zu einigen Resolutionen in demokratischen Bezirksvereinen liefern. Schließlich jedoch wird man im Demokratenlager auch über diesen Schmerz hinwegkommen. Man hat ja auch schon Schwierigeres fertig bekommen, beispielsweise als man sich in demokratischen Wahlversammlungen und Flugblättern über die Pläne der Zerstückelung Preußens entrüstete, trotzdem ihr Vater, Staatssekretär Preuß, der damalige Vertreter der Demokratischen Partei in der Regierung war.

Wer erhält Kriegsgefangene zurück?

Folgende Tatsache wird der „Tgl. Rdsch." berichtet:

Am Nachmittag des 19. Juli 1919 kam ein französischer Capitain aus Straßburg im Kraftwagen nach Rastatt und übergab der dortigen deutschen Behörde den deutschen Kriegsgefangenen Hans Hofmann mi dem Ersuchen, ihn so schnell wie möglich nach München in Marsch zu setzen.

Wer war der so Ausgezeichnete? Der Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten!

Wie solche „Gleichheit" im „demokratischsten" Lande der Welt wirkt, zeigt der erbitterte Brief eines deutschen Unteroffiziers, der seit Jahren in Gefangenschaft schmachtet, an seine Frau aus dem Gefangenenlager Provville: „... der bayerische Ministerpräsident Hofmann hat seinen Sohn vorige Woche von hier zurückerhalten ....!

Schlußfolgerung: Nur durch die Zertrümmerung des alten verrotteten kaiserlichen Systems kann in deutschen Landen „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" gedeihen! Wer lacht da?

Die Pensionierung der Reichsbeamten aus politischen Gründen

Der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung beriet am Sonnabend den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens. Nach dem Gesetze können Reichsbeamte, die mit der Wahrnehmung politischer Regelgenheiten betraut sind und bis zum 31. März 1920 ihre Pensionierung nachsuchen, in den Ruhestand versetzt werden, ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Vorbedingung des Anspruchs auf Pension ist. Den Kreis der unter diese Bedingung fallenden Beamten bestimmen Reichsministerium und Staatenausschuß (Reichsrat). Die Deutschnationalen beantragen eine Verlängerung der Frist für die Beantragung der Pensionierung bis zum 31. Dezember 1920, sowie die Begrenzung des Kreises der als politisch geltenden Beamten auf die im § 25 des RGBl. aufgeführten Beamten, fanden jedoch nicht die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses. Ablehnung erfuhr ferner ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die vom Reichsministerium zu erlassenden Ausführungsbestimmungen über den Kreis der in Frage kommenden Beamten vor ihrer Veröffentlichung dem zuständigen Ausschuß zugeben zu lassen. Eine von den Sozialdemokraten vorgelegte Entschließung, die fordert, daß dienstfreudigen politischen Beamten der Uebertritt in ein politisches Amt von gleichem Range und Gehalt ermöglicht wird, wurde einstimmig angenommen.

Die Verluste der Marine im Weltkriege. An der Hand von authentischem Material macht die „Kreuzzeitung" einige Angaben über die Verluste des Personals der deutschen Flotte im Kriege. Nach diesem betragen die Verluste an Toten und Vermißten:

für die Offiziere 13,6 v. H.
für die Unteroffiziere 19,03 v. H und
für die Mannschaften 8,5 v. H.

In diesen Verlustangaben sind jene für die ehemalige Kiautschoubesatzung nicht enthalten, ebensowenig jene, die im Verlaufe des Krieges an Krankheit gestorben sind.

Die Gesamtverluste der Marine einschließlich der Besatzung des Kiautschougebietes und der durch Krankheit Verstorbenen lassen sich auf ungefähr 9 v. H. des Gesamtpersonalbestandes der Marine berechnen.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer (beurlaubt).
Anzeigenteil: Paul Kerber; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Berlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.

Operetten-Gastspiele, Dir. Felix Meinhardt.
Heute Dienstag und morgen Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Die letzten Aufführungen:
„Die oder Keine“.

Donnerstag, 14. und Freitag, 15. August, abends 7½ Uhr, nur 2 Wiederholungen auf vielfachen Wunsch:
„Ihre Hoheit die Tänzerin“.

Ab Sonnabend, den 16. August, pünktlich abends 7½ Uhr:
Das große soziale Drama
„Das Gesetz“
von Paul Bader,
mit ersten Berliner und Leipziger Künstlern in den Hauptrollen. In Szene gesetzt von Direktor Felix Meinhardt.

Der Vorverkauf für alle Vorstellungen ist eröffnet.

Thalia-Theater.

Kein Kino. Anfang 8 Uhr. Kein Kino.
Grosser Erfolg des 4aktigen Schauspiels:
Verlorene Töchter.
Zur Aufklärung, Belehrung und Warnung für alle deutschen Frauen und Mädchen.
— Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt. —
Vorverkauf: Zigarrengeschäft Nowack & Schmidt, Geiststr. 22, C. Fehling, Gr. Ulrichstr., Ecke Alte Promenade, Max Schulz, Gr. Ulrichstr., Ecke Gr. Steinstr.
Voranzeige: Sonntag, d. 17. Aug., nachm. 3½ Uhr:
Wohltätigkeits-Vorstellung
zum Besten der heimkehrend. Kriegsgefangenen
Verlorene Töchter.

Saalschlossbrauerei, Mittwoch, den 13. August 1919

Johann Strauß

aus Wien, ehem. k. k. Hofball-Musikdirektor
mit seinem gesamten Orchester.
Programm nachmittags 4 Uhr:
Populäres Konzert.
Programm abends 8 Uhr:
Ein Abend im Wiener Prater.
Eintrittskarten zu je 3,10 Mk. in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.
Kassenöffnung 1 Stunde vorher.
Diese Konzerte finden bestimmt statt, bei ungünstigem Wetter im Saal.

Von der Reise zurück
San.-Rat Dr. Kuhn

Facharzt für Haut- und Harnleiden
Leipzigerstrasse 5.

Altrenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann
Kl. Ulrichstrasse 36a und b.
Wohnungs-Einrichtungen.

Hausfrauen, befreit Euch

von den Mühen und Plagen des Waschtages durch
„Gauger“
Genehmigt vom Reichsausschuss unter Nr. 3455.
Spart enorm an Arbeit, Zeit und Geld
und wird geliefert zum Friedenspreise in Packungen zu 55 Pfennig.
Hausfrauen! Verlangt „Gauger“
in allen einschlägigen Geschäften.
Jeder Versuch mit „Gauger“ führt unbedingt zu dessen dauernder Verwendung.

Für jede
Drucksache
von der Visitenkarte bis zu dem umfangreichsten Katalog-, Werk- und Bilderdruck ist unser mit vielen technischen Neuerungen ausgestatteter Betrieb gleich leistungsfähig sowie äußerst preiswert
Otto Thiele
Buch- und Kunstdruckerei
Verlag der Hallischen Zeitung.

Ab 15. August im U. T. Alte Promenade.

Berliner Pressestimmen:

Der „Film“ (22. 6. 19). (Aus einem längeren Artikel): Das Milieu des Films ist grandios. Stilvoll gehaltene Bauten des Architekten Kurt Richter erinnern dem glücklichen Regisseur Ernst Lubitsch, seiner Phantasie alle Zügel schießen zu lassen .... Lubitsch hat hier seine glänzende Regie-Technik voll entfalten können und einen Film „hingelegt“, der seinesgleichen sucht! Die Darstellung war brillant: Ossi Oswalda tummelt sich in der ganzen frischen Natürlichkeit, welche sie zur auserwählten Stellung nicht nur bei Berlin-W-Publikums, sondern auch der Provinz und des Auslands machte, umher und weiß nicht nur zu gefallen, sondern auch zu spielen!! Um sie herum aus dem trefflichen Ensemble der Union Ritter Janson — bestimmt die beste Type des Films, Herrn Siebite, der König der Liebhaber, Julius Falkenstein und manche andere famose Figur! Die alte Laden Uren lebhaften Anteil am Gelingen dieses reizenden Films, der unbedingt das beste deutsche Lustspiel, vielleicht soll das beste der Welt sein dürfte.

„Berl. Allg. Ztg.“ (22. 6. 19): Die neue Film-Groteske, von Ernst Lubitsch und Hanns Kraly verfaßt, ist wohl das Beste, was uns seit langem an Lustspielen geboten wurde. Sie entfaltet eine Reihe wahrhaft komischer Situationen und eine Fülle wipiger Zwischenzeiten und Einfälle, die genügen würden, um eine ganze Serie der herkömmlichen humoristischen Filmprodukte auszustatten.

„Wahrheit“ (22. 6. 19): Man möchte bei diesem grotesken Lustspiel immerzu lachen, wozu ja auch die oft witzige Handlung, die lustige Darstellung und die äußerst treffend gewählten Texte reizen. Aber man wird immer wieder gehört durch die verblüffende Aufmachung, die Weltfremdheit und Urwüchsigkeit des Milliardärpalastes, die Zahl der Dienerschaft, das Hochzeitsmahl, die Küche, die Toilette-Epidemie und den Rekordmeter. So pendelt man zwischen Lachen und Staunen hin und her. — —

Dampf-Waschanstalt Halloria
Halle a. Saale
Mariensstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.
Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden und Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der
Waschanstalt „Halloria“,
weil ich dort binnen 3—10 Tagen bedient werde.
Auf Wunsch wird auch ausgebessert.

Auf vielfachen Wunsch!

Freitag, den 15. August beginnt im **„Hotel Wettiner Hof“** für Damen aller Stände unter altbekannter, bewährter Leitung ein
Tafeldeck- und Servierkursus,
verb. mit vornehmer Gastlichkeit und Anstandslehre.
— Der Kursus findet theoretisch und praktisch statt. —

Gelehrt wird über alle vorkommenden Tafeldeckarten, wie Diners, Soupers, Kaffee- und Frühstückstisch, Kaffeekränzchen, kaltes Büfet, Familien- und Damentee usw., mit anschliessender Aufklärung über Tafelschmuck, Tischordnung, Führungskarte, **Servierfehlerbrechen**, Regeln des Servierens für die Gastgeberin und Bedienung.
Empfang der Gäste, Vorstellungen, Einladungen, Besuchszeiten, Besuche und Verhalten bei Besuchen, gesellschaftl. Bräuche. **Wie sollen wir essen?**

I. Unterrichtstag: Freitag, der 15. August. Anmeldungen Freitag von 2 Uhr ab.
Tageskursus von 3—5½, Abendkursus 7—9½ Uhr. Honorar 20 Mk., zahlbar gleich. Notizbuch mitbringen.

Leitung: **Masuch,** Institut für zeitgemässe Frauenbildung.

REEDEREI A. P. MÖLLER, KOPENHAGEN.
Direkter Dienst Hamburg/Levante
(ohne Umladung)
durch „Mærsk-Dampfer-Levante-Dienst“.
Nach Konstantinopel und Transitplätzen sowie allen übrigen Levanteplätzen nach Bedarf.
Dampfer „Laura Mærsk“ ab Hamburg 15. August,
„ „Elisabeth Mærsk“ ab „ voraussichtlich Ende August.
Die Dampfer laden in Hamburg, Asiakai, Schupper 37.

Ladungsanmeldungen und Frachten durch die Generalvertreter:
Wilhelm Boelstler & Co., G. m. b. H.,
Hamburg, Ferdinandstr. 5.
Tel.-Adr.: „Boelstler“.
Tel.: Alster 5355.

Näheres wegen Fracht auch durch:
Ernst Röbken,
Hamburg, Hopfensack 6.
Tel.-Adr.: „Schifferröbken“.
Tel.: Nordsee 2140.

Stadt-Theater

Dienstag, d. 12. Aug. 1919.
Anfg. 7½, Ende 1/10 Uhr:
Johannisfeuer.
Mittwoch, d. 13. Aug. 1919.
Anfg. 7, Ende 10¼ Uhr:
Lohengrin.
Donnerstag, 14. Aug. 1919:
Anfg. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Der Erbförster.

Hippodrom Wintergarten
Magdeburgerstr. 66.
Direktion: Georg Arndt.
Am Donnerstag von 7 Uhr abends ab
Hausball
Täglich im Garten ab 4 Uhr nachmittags
Groß. Reit- u. Sportfest.

Wringmaschinen
mit echt. Gummiwalzen sehr preiswert.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Alpacca,
naturpolierte u. versilberte
Eß-Bestecke
empfiehlt in nur besten Qualitäten äußerst preisw.
Alfred Otto, Halle a. S.,
Lerchenfeldstr 3 II.

Gutes, dauerh. Gummiband für Strumpfhalter kauft man bei H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84

Eismaschinen
für den Handbetrieb sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Apollo-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
„Grigri“
Operette v. P. Lindau.
Grigri H. Janowitz
Vorverkauf 9—1 u. 4—7.

Bad Wittekind
Mittwoch, d. 13. Aug. abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
von der Kapelle des Infanterie-Regts. Nr. 26.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise: Erwachsene 75 Pfg., Kinder 40 Pfg.
Nachzahlung für Abonnenten: Erwachsene 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 73-74
Behagliche Wohnzimmer.
☆

Atelier Molsberger
Halle a. S.,
Geiststrasse 59—60
Photographische Aufnahmen jeder Art auch außerhalb.
Tel. 4043.

Preiswert u. gut
kaufen Sie sämtliche Unterzeuge u. Strumpfwaren in dem ersten Spezialgeschäft
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84. Gegr. 18..

Rheumatiker Gichtiker
sollten unbedingt
Lauchstädter Brunnen
trinken!
Für diese Leiden kann der **Lauchstädter Brunnen** nicht warm genug empfohlen werden. Er hat schon vielen Tausenden die denkbar besten Dienste geleistet und die erhoffte Heilung und Genesung gebracht.
Naturgemäße Haustrinkkur.
Seit 200 Jahren ärztlich erprobt und verordnet.
Machen Sie einen Versuch!
Lauchstädter Brunnen ist in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen. Man hüte sich vor Nachahmungen und verlange nur den echten „Lauchstädter Brunnen“.
Haupt-Niederlage in Halle:
Helmbold & Comp.,
Drogen- und Mineralbrunnenhandlung,
Leipziger Strasse 104, Fernspr. Nr. 6094.
— Lieferungen erfolgen frei Haus. —

Weiße Zähne
durch

Zahnwohl
beste Zahnpaste
Überall zu haben

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 6/7
Juwelen — Gold — Silber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 12 August.

Die Notwendigkeit des Ernteschutzes

Das hiesige Garnison-Kommando teilt uns mit: Wie notwendig eine systematische Durchführung des Ernteschutzes im Interesse der Sicherstellung unserer Ernte ist, zeigen die täglich sich in der Presse wiederholenden Meldungen über Felddiebstähle. Daß es sich dabei nicht immer nur um „armlose Leutchen" handelt, die gelegentlich eine „Handvoll" Futter oder ein „Körbchen" Kartoffeln holen, sondern daß diese Diebstähle teilweise den Charakter von Bandendiebstählen und anscheinend organisierten Plünderungen haben, zeigt schlagend folgender Vorfall, der zugleich die Notwendigkeit der Entsendung von Landesjägerkommandos auf das Land zum Schutze der Ernte beweist.

In der Nacht vom 8. zum 9. Aug. gegen 12 Uhr 30 morgens unternahm ein unter Führung eines Offiziers stehendes Kommando von 7 Landesjägern eine Streife im Bezirke der Gutsverwaltung Beuchlitz. Veranlassung zu der Streife waren die in diesem Bezirke ständig zunehmenden Plünderungen, in deren Verlaufe von den Dieben mehrere Morgen Gerste, Roggen und Erbsen förmlich abgeerntet wurden. Auf der Streife stieß die Patrouille auf eine Plündererbande von ca. 25 Mann, aus deren Reihen ihr zugerufen wurde: „Halt!" Stehenbleiben! Wer weiter geht, wird erschossen!" und gleichzeitig wurde von den Plünderern gegen die Landesjäger ein lebhaftes Gewehrfeuer eröffnet. Es entspann sich ein förmliches Feuergefecht, in dessen Verlauf es der Patrouille gelang, die Plünderer zu zerstreuen. Bei der Verfolgung wurden zwei Männer festgenommen, die beide mit Pistole und Karabiner bewaffnet waren. Den Plünderern wurden mehrere Zentner gedroschene Erbsen abgenommen und sie selbst dem Gendarmerie-Kommando in Nietleben übergeben.

Zu Jahns Geburtstag

Mitten unter Feinden hielt Fichte seine „Reden an die deutsche Nation" und forderte darin eine körperliche Ertüchtigung der Jugend. Seine Forderung in die Tat umzusetzen dazu war der Philosoph nicht der geeignete Mann. Aber die Geschichte half ihm und sandte den Mann, der Fichtes Forderungen wirklichte: Johann Friedrich Ludwig Christian Jahn. In seiner Schrift vom deutschen Volkstum hebt er den Wert der Leibesübungen hervor als einen Bestandteil der Erziehung, freilich nur als Vorbereitung für den Kriegsdienst. Sein bedeutendstes Werk ist die Deutsche Turnkunst, die er zusammen mit Eiselen schrieb (1816). Sie entstand aus praktischen Erfahrungen in der Hasenheide bei Berlin. Hier versammelten die beiden, nachdem Jahn allein 1811 hier den Turnbetrieb begründet und Eiselen 1813—1814 ihn weiter ausgebaut hatte, die deutsche Jugend um sich, turnten und spielten mit ihnen; 1517 waren es 1000 Mann, die sich dort zusammenfanden. Und Treitschkes Wort: „Die neue Turnkunst stählte nicht nur die Kraft des Leibes dem verwöhnten Geschlecht; man merkte auch bald, wie die Sitten der Berliner Jugend reiner und mannhafter wurden, seit der Turnplatz eröffnet war", mag genügen, um den praktischen und ideellen Wert der Jahnschen Bestrebungen zu zeigen. Von der preußischen Regierung wurden Jahn und Eiselen zunächst unterstützt; Jahn wurde aufgefordert, „das Turnen in Preußen zur höchsten Vollkommenheit zu bringen" und wollte die Turnübungen als einen Teil der Nationalerziehung betrachtet sehen. 1819 wollte man in ganz Preußen Turnplätze errichten und das Turnen in den Volksschulen einführen. Doch der Gegner waren zu viele, und der mächtigste von ihnen, Fürst Metternich, der Jahn vor allem wegen seiner deutschnationalen Bestrebungen verfolgte, erzwang bei Preußen seine Verhaftung im Jahre 1819. 4½ Jahre Untersuchungshaft, fast zweijährige Festungshaft und die Polizeiaufsicht, unter der er bis 1840 stand, brachen den Mut des einst so Kühnen. Nach seiner Befreiung durch Friedrich Wilhelm IV. hat sich Jahn nicht mehr praktisch oder theoretisch im Turnen betätigt. Doch bei seinen Turnern blieb er geehrt und geliebt. Man wallfahrtete nach seinem Wohnsitz, um ihm Ehrungen zu erweisen. In seinen letzten Jahren war es ihm noch vergönnt, in der Frankfurter Nationalversammlung für das Ziel zu kämpfen, nach dem das Streben seines ganzen Lebens gerichtet war: für das Deutsche Reich. 1852 starb er.

*

Mit Orchester-, Gesangs- und turnerischen Darbietungen beging die „Hallesche Turnerschaft" am 11. August die Geburtstagsfeier des Turnvaters Jahn. Der erste Vorsitzende, Herr Meier, begrüßte die zahlreich Erschienenen und gedachte der im Kriege Gefallenen und auch der Gefangenen aus dem Vereine. Die Ansprache hielt Prof. Stade. Er erinnerte an die Jahnfeier von 1914 und verglich dann die von 1919, die unter weit traurigeren Verhältnissen abgehalten wurde, ähnlichen, wie sie Deutschland vor mehr als hundert Jahren erleben mußte. Zu den Männern, die uns damals aus dem Verderben wieder hinausführten, gehörte auch Jahn. Der Festredner betonte vor allem die Schlichtheit und den Mut Jahns, seine Liebe zur Heimat und seine Zuversicht, alles Eigenschaften, die uns auch heute Beispiele sein können.

Die Gesangsabteilung des Giebichensteiner Turnvereins zeigte, daß das gemütvolle deutsche Lied bei den Turnern noch gepflegt wird und wies besonders beim „Häuschen im Walde" und „Abend" gute Tendre auf. Die Hauptdarbietung des Abends aber bestand in den turnerischen Leistungen. Bei den Freiübungen des Jahnschen Turnvereins war die Standwage der neun Turner erstklassig. Ausgezeichnete der gesamten Halleschen Turnerschaft zeigten schwierige Uebungen in vorzüglicher Haltung am hohen Reck. Das Turnen am Barren, ausgeführt vom Giebichensteiner Turnverein, war dem Kecturnen an Qualität gleich. Sehr gute Bilder boten die Pferdpyramiden des Giebichensteiner Turnvereins, besonders die schwierige vierte, die an sechster Stelle nochmals ausgeführt wurde. Die Freiübungen der Damen des Halleschen Turn- und Sportvereins unter Leitung von Frl. Löffler zeigten Grazie und exaktes Zusammenspiel. Bei den gesamten turnerischen Darbietungen darf hier eines nicht außer acht gelassen werden: sämtliche Darstellende waren Kriegsteilnehmer. Und trotz der im Kriege erlittenen Verletzungen und der daraus mitgebrachten Steifheit nach so kurzer Zeit so glänzende Leistungen! Den Turnwarten Herrn Lehmann, Turnwart der Halleschen Turnerschaft, sowie den Herren Burge (Zahnscher Turnverein), Lösch (Giebichensteiner Turnverein) kann dafür nur vollste Anerkennung ausgesprochen werden.

Weitere Milderung der Gassperre

Von Mittwoch, dem 13. August ab bis auf weiteres erfolgt die Gasabgabe abends von 7 bis 11½ Uhr. Die übrigen Gasabgabezeiten bleiben unverändert, und zwar vormittags von 5 bis 8 Uhr, und mittags von 11 bis 1 Uhr.

Während der Sperrzeiten darf Gas dem Rohrnetz nicht entnommen werden. Es wird wiederholt und dringend empfohlen, die Gashähne während der Sperrzeiten geschlossen zu halten und auch den Versuch zu unterlassen, Gas zu entnehmen. Im anderen Falle besteht die Gefahr, daß offenbleibende Hähne spätere Gasausströmungen und Explosionen verursachen, andererseits wird die Gasversorgung dadurch gestört, daß durch offene Hähne Luft in das Rohrnetz eindringt.

Beim Wiederanzünden beobachte man die Flammen einige Zeit. Es kommt vor, daß sie infolge einer in der Rohrleitung auftretenden Luftblase nochmals verlöschen.

II. Handlungsgehilfentag für Sachen-Anhalt

Am Sonnabend und Sonntag hatten sich in Magdeburg Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes aus über 90 Orten der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt zum 17. ordentlichen Gautage des Gaues Sachsen-Anhalt und zum 11. Handlungsgehilfentage für Sachsen-Anhalt eingefunden. Die Tagung, die von über 600 Besuchern besucht war, war eine einmütige Kundgebung für die Pflichtauffassung und für die rechtlichen Forderungen der männlichen Handlungsgehilfenschaft in jetziger und nächster Zeit. Vertreter des Ober-Präsidiums, der Regierungs-Präsidenten Magdeburg und Merseburg, der staatlichen Behörden in Magdeburg, der Handelskammern Magdeburgs und Halle und der Deutschnationalen, Deutschen und Christlichen Volkspartei legten in ihren Ansprachen ihr weitgehendstes Interesse an der inhaltsreichen Tagung dar. Nach reichbegründeten Vorträgen von Emil Barthel-Halle, Erich Bauerschäfer-Magdeburg, und Ernst Richter-Magdeburg, wurde den vorliegenden Entschließungen ohne Ausnahme zugestimmt und damit die Forderungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes auf Abbau der Frauen-Arbeit im Handel und Industrie, Beseitigung der nicht auf Erwerb angewiesenen Hilfsbedürftigkeit des Staats-, Gemeinde- und Privatbetrieben, gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens, Einführung von Handelsinspektoren, Aufrechterhaltung der Angestellten-Ausschüsse und Gleichberechtigung der kaufmännischen Angestellten gegenüber den gewerblichen Arbeitern im kommenden Betriebsratsgesetz, weitere Ausgestaltung der Tarifverträge, Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel und Zusammenschluß der Handlungsgehilfen in der nur von männlichen Berufsgenossen gebildeten Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband), restlos anerkannt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Gauvorsteher Richter, Magdeburg wurde ebenso einmütig eine Entschließung an Regierung und National-Versammlung angenommen, in der die Anwendung aller verfügbaren Mittel zur baldigen Heimkehr der Kriegsgefangenen gefordert wird. — Aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß der Gau Sachsen-Anhalt des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes heute 72 Ortsgruppen mit 9000 Mitgliedern umschließt und damit der frühere Friedensstand um mehr als ein Drittel überholt ist. Zum nächsten Tagungsorte wurde Halle bestimmt.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Mittwoch, den 13. August.** Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 4001 bis 5500 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 5501—8000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 60 Gramm zum Preise von 25 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Verkauf von Marmelade.** Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 13. August. Für jede Person eines Haushaltes wird ½ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 378 des Warenbezugsscheines 24. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

— **Städtischer Verkauf von Kakao an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren** und an alte Leute über 70 Jahre am Mittwoch, den 13. August, in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—10 000 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 10 001—19 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Auf jeden Abschnitt P der besonderen Bezugsscheine für Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre können 55 Gramm Kakao zum Preise von 1 Mark abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Verkauf von Roßfleisch. Am Mittwoch, den 13. August,** können die bei den Roßfleischhändlern: Thurm, Reilstraße 10; Thurm, Glauchaerstraße 79; Zaubitzer, Steinweg 52; Meinrich, Böllbergweg 30, Quandt, Langestraße 21, zum Roßfleischbezug angemeldeten Personen 250 Gramm leicht geräucherte Knackwurst aus Roßfleisch entnehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Roßfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekannt zu geben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Ein Anspruch auf Verabfolgung der Wurst besteht nicht, dieselbe kann nur soweit abgegeben werden, als der Vorrat reicht. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 500 Gramm 5 Mark.

— **Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 13. August** auf den Abschnitt 14 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Hopfeld, Streiberstraße 29, Milchhändlerin Nötschke, Wielandstraße 30, und Milchhändlerin Marx, Vormall. Brandenburger Straße 10. Auf jedem Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pfg. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 16. August abzuliefern.

— **Kartoffelverkauf.** Der Verkauf der für diese Woche festgesetzten Kartoffelmenge hat bis einschl. Donnerstag, den 14. August 1919 zu erfolgen. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Freitag abzuliefern. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

— **Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert,** bei den von ihnen gewählten Großfirmen, den in dieser Woche zum Verkauf gelangten Reis und Haferflocken am Mittwoch, den 13. und am Donnerstag, den 14. August abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

— **Fischversorgung.** Der Reichskommissar für Fischversorgung teilt folgendes mit: „Infolge reichlicher Zufuhren wird die Inlandsbewirtschaftung mit Wirkung vom 4. August 1919 aufgehoben. Die Einfuhrbewirtschaftung bleibt unverändert bestehen, insbesonder bleiben die Einfuhrverordnungen in Kraft.

— **Absatz von Fischen und Fischwaren durch Versteigerung. Vom 6. August 1919.** Auf Grund des § 2 der Bekanntmachung über die Beaufsichtigung der Fischversorgung vom 28. November 1916 (RGBl. S. 1303) bzw. 22. September 1917 (RGBl. S. 859) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Versteigerungen von Fischen und Fischwaren bedürfen der Genehmigung des Reichskommissars für Fischversorgung. Zur Einholung der Genehmigung ist der Veranstalter der Versteigerung verpflichtet.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des § 1 werden gemäß § 6 Nr. 1 der Bekanntmachung über die Beaufsichtigung der Fischversorgung vom 28. November 1916 (RGBl. S. 1303) bzw. 22. September 1917 (RGBl. S. 859) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark (zehntausend) oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. August 1919.

Der Reichskommissar für Fischversorgung.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Halle, den 12. August 1919.

Der Magistrat.

— **Akademische Nachrichten.** Der Arnstädter Verband mathematischer und naturwissenschaftlicher Vereine an deutschen Hochschulen, im deutschen Wissenschafterverband, dem an der hiesigen Universität die mathematisch-naturwissenschaftliche Verbindung „Markomannia" angehört, hat vom 31. Juli bis 3. August nach fünfjähriger Pause in Arnstadt wieder einen Verbandstag abgehalten, der von 17 deutschen Universitäten und technischen Hochschulen beschickt wurde. Die Arbeit galt neben den internen Angelegenheiten des Verbandes vor allem dem Neuaufbau des Studentenlebens mit besonderer Berücksichtigung der Hochschulreform und der staatsbürgerlichen Erziehung. Die Festlichkeiten blieben dem Ernste der Zeit entsprechend auf ein geringes Maß beschränkt.

— **Die Einziehung der Banknoten.** Wie uns mitgeteilt wird, haben sich sämtliche sachlichen Stellen, die sich mit der Frage der von der Reichsregierung beabsichtigten Einziehung der Banknoten befaßt haben, entschieden gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen, und zwar aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt aus technischen. Die Stellungnahme ist nach eingehenden Erwägungen und wiederholten Beratungen erfolgt, wodurch das Schwerwiegende der Gründe, die gegen eine Einziehung sprechen, nur erhöht wird. Seitens der Reichsregierung ist eine Entscheidung, ob eine Einziehung der Banknoten trotzdem erfolgen soll oder ob hiefür verzichtet werden muß, noch nicht gefallen.

— **Der Kreis VI (Thüringen) des Deutschen Buchdruckervereins** hält seine diesjährige Kreisversammlung am nächsten Donnerstag in Halle im „Hohenzollernhof" ab. Neben dem Geschäftlichen steht u. a. eine Aussprache über die technische Lage im Buchdruckgewerbe und die Tarifausschußsitzung am 21. August d. J. und der neue Buchdruck-Preistarif und die Druckpreiserhöhung auf der Tagesordnung.

— **Ein deutscher Jugendtag in Potsdam.** Zu einem Nationalfeiertag für das gesamte junge Deutschland, soweit es vaterländisch gesinnt ist, dürfte sich der erste große deutsche Jugendtag gestalten, der von dem im Arbeitsamt der Deutschen Jugendgemeinschaft, Berlin SW. 11, Hedemannstraße 12, zusammengeschlossenen deutschen Jugendvereinigungen, Studentenverbindungen, nationalen Verbänden und zahlreichen hochstehenden Einzelpersonen in der Zeit vom 23. bis 25. August in Potsdam veranstaltet wird. Die Teilnehmer an der Tagung treffen am 25. August in Potsdam ein, wo für ihre Unterbringung und Verpflegung Vorsorge getroffen ist. Am Sonnabend abend findet eine Begrüßungsfeier statt, während der eigentliche Festtag der Sonntag ist. Für den Ort der Feierlichkeiten ist der Luftschiffhafen in Potsdam vorgesehen. Am Montag findet ein Vertretertag für die Führer der deutschen Jugendbewegung statt, auf dem die deutsche Jugendgemeinschaft ihr endgültiges Gesicht erhalten wird. Die Jugendverbände und Einzelpersonen, die an dem deutschen Jugendtage teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre Anmeldungen für die Tagung und für die Schaukämpfe umgehend dem Arbeitsamt der Deutschen Jugendgemeinschaft, Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12, einzusenden.

— **Die Liga für den Völkerbund** will in den Schulen durch namhafte Rezitatoren bedeutende Dichtungen und Vorträge, die dem Völkerbundgedanken dienen können, zum Vortrag bringen. Die Leiter der Schulen haben unter Hinweis auf den Wert der Verbreitung völkervereinender Gedanken auf regen Besuch der Veranstaltungen durch die Schüler hinzuwirken.

— **Das Heidekraut (Erika)** beginnt jetzt zu blühen. In der Lüneburger, Döbener und in anderen großen Heiden suchen die dorthin gebrachten Bienenvölker den braunen Heidehonig, auch wird vielfach das Kraut als Streue benutzt. In der Dölauer Heide kommt das Heidekraut seltener vor.

— **Zur Ernte.** In den letzten trockenen Tagen ist in der Umgebung tüchtig eingefahren worden, auch sind auf den großen Gütern vielfach Getreidediemen errichtet worden, wo auch schon gedroschen wird.

— **Bad Wittekind.** Morgen Mittwoch abends um 8 Uhr findet Extra-Konzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolge enthält Werke von Verdi, d'Albert, Gieldini, Meyerbeer, Wagner, Hoch, Mülsicker, Klose, Fall und Frese. Die Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen.

Apollotheater

„Grigri" von Paul Linke.

Noch vor einem guten Jahrzehnt zählte Paul Linke zu den fruchtbarsten und beliebtesten Operetten-Komponisten. Sein Name ist heute stark in Vergessenheit geraten durch die schier unendliche Schar seiner mehr oder weniger erfolgreichen Epigonen, und nur deren gelegentlichen Anleihen aus dem unerschöpflichen Melodienschatz ihres Meisters rufen die Erinnerung an ihn wieder wach. Daß aber die Linke'schen Operetten mit ihren frischen Marsch- und einschmeichelnden Walzerweisen noch immer ihren alten Zauber auf das Publikum ausüben, bewies die gestrige Aufführung von „Grigri" im Apollotheater, die ein übervolles Haus und einen beinahe überlauten Beifall erzielte.

Als Textdichter nennt das Programm zwei heute völlig unbekannte Namen: Bolten-Baeckers und Chancel. Die Herren werden sich darob sicherlich in ihrem Autorenstolz schwer gekränkt fühlen, aber die Zeiten sind nun einmal vorbei, da Regerkönige, die ihr Reich an europäische Kolonialmächte verschachern, als „aktuell" gelten, auch wenn sie ein so reizendes Töchterlein wie Grigri ihr eigen nennen. Das Stück, übrigens ganz im Pariser

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0005

Szene zugeschnitten, weist ferner eine derartige Fülle von komischen und komplizierten Situationen auf, daß man zum Schluß über die glückliche Lösung daß erstaunt ist, die „natürlich" darin besteht, daß der französische Konsul Gaston Deligny die Negerprinzessin als Gattin heimführt. —

Die Titelrolle wurde von Hertha Janowitz, der auch für die Einstudierung der Tänze Anerkennung zu zollen ist, recht ansprechend gespielt. Auch Lotte Müller vom Erfurter Stadttheater, die im letzten Augenblick für Gunny Sturm einspringen mußte, gefiel als Yvonne sichtlich, Josef Wallbrück als Gaston genügte, Karl Waterstradt gestaltete den König Magawewe zu einer urkomischen Figur und löste stürmische Lachsalven aus. Alles in allem bedeutete die Aufführung einen weiteren Erfolg des Gastspiels des Kölner Metropoltheaters, das mit diesem Monat von Halle scheidet, zumal da auch Kapellmeister Josef Beer diesmal sein Orchester gut im Zuge hatte.

*

— **Stadttheater.** Wie bereits gemeldet, findet heute abend eine Aufführung von Sudermanns „Johannisfeuer" statt. Morgen, Mittwoch, (sonst 7 Uhr) „Lohengrin", Donnerstag „Der Erbförster". Vom 15. bis 31. August finden keine Aufführungen statt, da in dieser Zeit bauliche Erneuerungen im Bühnenhause vorgenommen werden müssen. Für Montag den 1. September ist „Siegfried" von Richard Wagner angesetzt.

— **Mein Teuchn,** unsere hochdramatische Sängerin, und Adolf Rehbach, der erste Held und Liebhaber unseres Stadttheaters, wollen sich mit einem am 16. August im Mozartsaal stattfindenden Lieder- und Vortragsabend von ihren zahlreichen hiesigen Freunden verabschieden. Bei der Beliebtheit der Künstler ist trotz der Sommerzeit ein volles Haus zu erwarten.

Provinz Sachsen

Zum Tode des Kammerherrn von Bülow

Der Rittergutsbesitzer Kurt v. Bülow auf Dieskau, der am 10. d. M. verstorben ist, wurde geboren zu Braunschweig am 16. Juli 1843 als Sohn des Braunschweigischen Majors Otto v. B. auf Dieskau und der Klara Gräbe. Er verheiratete sich zu Rogeez am 1. Oktober 1875 mit Ulrike v. Bülow, der ältesten Tochter des Friedrich v. B., Großherzoglich Mecklenburgischen Majors auf Rogeez, und der Wilhelmine v. Klein aus Ludwigslust, geboren zu Tetze am 17. Oktober 1856. Seiner Ehe sind 4 Söhne und 3 Töchter entsprossen.

Die weitverzweigte und in den verschiedensten Landesteilen angesessene Familie gehört dem Mecklenburgischen Uradel an. Sie wird mit dem gleichnamigen Stammhause bei Nehna 1184 mit den Gebrüdern Gottfried und Johannes zuerst urkundlich genannt. Das Geschlecht erhielt 1904 das Präsentationsrecht zum preußischen Herrenhaus. Massenhafte Standeserhebungen haben im Laufe der Zeiten in der Familie stattgefunden. Ebenso ist eine große Anzahl hervorragender Kriegshelden in der brandenburgisch-preußischen Geschichte bekannt geworden. — Wappen: in Blau 14 goldene Bälle (ein redendes Wappen, boules). Helmschmuck: zwischen einem offenen Fluge hinter 2 mit je 7 goldenen Bällen belegten Hörnern eine Golddrossel (Pirol-Vogel Bülo). Gg. S.

— **Beyersdorf,** 10. August. (Teuerungszulage.) Der Schulvorstand des Schulverbandes Beyersdorf, Rittergut Beyersdorf und Gut Juliushof, beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Lehrer in Anbetracht der Teuerung eine einmalige Zulage von 700 Mark zu gewähren, was um so mehr anerkannt werden muß, als sich die Summe auf nur ca. 8 Beitragspflichtige verteilt.

s. **Aken,** 10. Aug. (Die Ernte) ist hier zu einem großen Teile eingebracht, in den Feldmarken der Dörfer steht noch mehr Korn draußen, jedenfalls wegen Mangel an Arbeitskräften. Roggen und Gerste ergaben auf keineren Stücken 12—16 Zentner oder 12—18 Zentner Ertrag. Für Kartoffeln und Rüben ist ein durchdringender Regen sehr nötig.

— **Magdeburg,** 11. August. (Selbstmord.) Bei der Mauseburg, unweit des Herrnkrugs, wurden die mit Stricken zusammengebundenen Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens aus der Elbe gezogen. Nach den bei ihnen gefunden Papieren heißen die Toten Otto Sambala und Liddi Fülle, beide aus Mühlhausen in Thüringen. Sie sind gemeinsam in den Tod gegangen, weil ihrer ehelichen Verbindung sich unüberwindliche Hindernisse entgegenstellten.

1. **Genthin,** 10. Aug. (Eine Wasserfahrt durch Deutschland.) Ein Ruderboot, das aus Prag kam, passierte auf dem Plauer Kanal Genthin. Die Insassen, vier Oesterreicher, waren mit ihrem sowohl als Zweisitzer-Doppelruderer, wie als Segler eingerichteten und mit allen Erfordernissen für eine weite Reise eingerichteten Boot die Moldau und Elbe stromab gefahren, täglich etwa 80 Kilometer. Sie waren den siebenten Tag unterwegs und hatten die letzte Station in Burg am Ihlekanal gemacht. Die unternehmungslustigen Ruderer haben noch eine weite Wasserreise vor sich. Durch den Plauer Kanal soll der Weg in die märkischen Seen gehen, dann in die Ostsee, durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach Hamburg, und dann am Tau eines Schleppers wieder die Elbe und Moldau hinauf. Diese Wasserfahrt soll etwa vier Wochen dauern.

— **Schmalkalden,** 10. August. (Den Vater erschossen.) In Kleinschmalkalden erschoß der Kriegsinvalide, ehemalige Unteroffizier Kühn seinen Vater, den Korbmacher Theodor Kühn, während eines Wortwechsels, den der Erschossene mit seinen Söhnen hatte

Aus Thüringen.

△ **Lehesten,** (S.-Meiningen), 10. August. (Neues Kriegsnotgeld.) Die Stadtgemeinde beabsichtigt, noch jetzt ein neues Kriegsnotgeld herauszugeben und hat sich für einen Entwurf für 50-Pfennig-Scheine entschieden, der auf der einen Seite eine Schiefertafel zeigt mit der lustigen Aufschrift: „Es grüne die Tanne. Es wachse der Stein, Gott lasse in Zukunft Uns glücklicher sein. Die andere Seite zeigt den Wetzsteinturm, das Dachdeckerzeichen und das Stadtwappen. Der Entwurf stammt von einem einheimischen Lehrer.

— **Jena,** 11. August. (Ernennung.) Geh. Medizinalrat Prof. Dr. med. Lexer in Jena ist vom 1. Oktober d. J. ab zum Ordinarius und Direktor der chirurgischen Klinik in Freiburg i. B. als Nachfolger KrasKes ernannt worden.

Aus Anhalt.

1. **Zerbst,** 10. Aug. (Der evangelische Kirchengesangverein von Anhalt) wird Ende September in Zerbst sein 8. Kirchengesangs-Fest feiern. Die Vorbereitungen dazu haben bereits begonnen. — Ein weiterer starker Preisrückgang für Ferkel ist für die nächste Zeit zu erwarten, zumal das Angebot auf den hiesigen Märkten jetzt die Nachfrage, auch die der auswärtigen Aufkäufer ganz erheblich überfleigt. Bei einem Preise von 50—80 M. für das Stück konnte auch der letzte Sonnabendmarkt mit einem Auftrieb von 600 Ferkeln bei weitem nicht geräumt werden. Einzelne Züchter gehen schon jetzt mit den Preisen bedeutend zurück. — Der Preissturz in Wiesenheu hält in hiesiger Gegend weiter an. Der Zentner ist durchweg für 6—8 M. zu haben, stellenweise ist der Preis sogar auf 5 M. zurückgegangen, während man vor Monatsfrist noch 45—50 M. für den Zentner rechnete.

Aus Sachsen.

— **Zittau,** 11. Aug. (Eine Wahnsinnstat.) Der etwa 50 Jahre alte Landwirt Barth aus Weinböhla bei Dresden hat heute früh seine hier wohnende, von ihm getrennt lebende Ehefrau Elisabeth durch Messerstiche in die Brust lebensgefährlich verletzt, das im Bett liegende einjährige Kind erstochen und sich dann die Halsschlagader durchschnitten, so daß er bald darauf starb.

Nebenwirkungen der Arbeitslosenunterstützung

Nach den Ausweisen der Arbeitsnachweise an das „Reichsarbeitsblatt" hat sich der Andrang am Arbeitsmarkt im Juni gesenkt: auf 100 offene Stellen kamen im Mai 158,17 Arbeitsuchende, im Juni dagegen nur 146,98. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist etwas gewachsen, während das Angebot zurückgegangen ist. Nun muß freilich bemerkt werden, daß die Ausweise der Arbeitsnachweise kein zutreffendes Spiegelbild von der Lage des Arbeitsmarktes mehr geben. Vor allem tritt das Angebot dort nicht mehr zutreffend in die Erscheinung, da eine steigende Zahl von Arbeitsuchenden die Vermittlung der Nachweise gar nicht in Anspruch nimmt, sondern auf dem Wege der persönlichen Umschau Stellung sucht. Die unterstützungsberechtigten Arbeitslosen haben auch kein besonderes Interesse daran, in eine feste und dauernde Stellung zu gelangen, sondern stehen sich viel besser, wenn sie durch Nebenarbeiten in Verbindung mit der Arbeitslosenunterstützung ihre Existenz fristen.

Wie eine derartige Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung wirkt, das zeigt eine Eingabe der Vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie, in der festgestellt wird, daß im Juni in Berlin etwa 4000 Arbeitslose vorhanden waren, die fast durchweg in den Betrieben hätten untergebracht werden können, wenn die Arbeitslosen Neigung hätten, eine feste Stellung anzunehmen. Zur Erklärung dieser Erscheinung wird ausgeführt: „Es ist wohl anzunehmen, daß die Arbeitslosen, nachdem sie sich ihre Karte haben abstempeln lassen, eine Nebenbeschäftigung ausüben, sei es, daß sie zu Hause oder sonstwie Beschäftigungen nachgehen; um, ohne in ein geregeltes Arbeitsverhältnis zu treten, auf leichtere und bequemere Art Geld zu erhalten." Es sei z. B. darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl der im Schleichhandel Tätigen seit der Revolution einen Umfang erreicht hat, der jeder Beschreibung spottet. Aber schließlich genügen ja schon kleine Mengen Lebensmittel, um eine Einnahme zu garantieren, die ein erträgliches Leben ohne viel Arbeit ermöglicht. Man werfe nur einen Blick auf den Berliner Straßenhandel. Wieviel Existenzen leben vom Verkauf von Schokolade, Zigarren, Zigaretten, Seife, Obst, Gemüse usw.!! Und das ist nur ein Teil der Schichten, die sich mit dem Lebensmittelhandel befassen. So kommt es, daß das Angebot von Arbeitskräften an den Arbeitsnachweisen zurückgeht.

Vor allem ist es bedenklich, daß der Arbeitermangel in der Landwirtschaft nicht gemildert werden kann. Aus allen Landesteilen wird berichtet, daß es an Arbeitskräften für die Ernte fehlt. Alle Bemühungen der Arbeitsnachweise sind in der Hauptsache vergeblich. Verschärft wird der Mangel überdies noch durch ganz unverständliche behördliche Anordnungen. So ist z. B. im Kreise Süderdithmarschen durch Verordnung des Demobilmachungsausschusses die Einstellung von Mädchen bis zu 25 Jahren als Tagelöhnerinnen untersagt, die bei Ausbruch des Krieges oder später als Gesinde berufsmäßig tätig waren. Diese Verordnung bezweckt die Freimachung von Arbeitsstellen in der Landwirtschaft für verheiratete oder verwitwete Arbeiterinnen und die Zuführung von Mädchen in Haushaltungen. Nun fehlt es aber an solchen verheirateten und verwitweten Arbeiterinnen. Ueberall ist vielmehr ein großer Mangel an Mädchen für das Land zum Melken und zu Verrichtung leichter Feldarbeit. Aber anstatt nun die zweckwidrige Verordnung aufzuheben, damit Mädchen angestellt werden können, bleibt die Verordnung nach wie vor bestehen und hindert die Linderung des bestehenden Arbeitermangels.

Solche Zustände müssen sich einstellen, wenn Behörden das wirtschaftliche Leben auf ihre Weise verwalten wollen. Eine Aenderung ist leider nicht eher zu erwarten, als man nach dem Sprichwort durch Schaden klug geworden ist.

Vom Schmachfrieden.

Ostpreußen.

Artikel 94.

In dem Gebiet (Regierungsbezirk Allenstein und Kreis Oletzko) werden die Einwohner aufgefordert, auf dem Wege der Abstimmung anzugeben, welchem Staat sie angeschlossen zu werden wünschen.

Artikel 95.

Binnen spätestens 14 Tagen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden die deutschen Truppen und Behörden das oben bezeichnete Gebiet räumen.

Nach Ablauf dieser Frist wird das Gebiet einer internationalen Kommission unterstellt, die aus fünf von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern besteht. Die Kommission besitzt die allgemeine Verwaltungsbefugnis und hat die besondere Aufgabe, die Abstimmung zu organisieren und alle Maßnahmen zu treffen, die sie zur Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmenabgabe für erforderlich hält.

Sie kann sich bei der Ausübung ihres Amtes durch Hilfskräfte unterstützen lassen, die sie sich selbst unter der örtlichen Bevölkerung aussucht.

Es fehlt jede Begrenzung der Zeit, binnen der die Abstimmung erfolgen muß. So kann die Herrschaft dieser Kommission jahrelang dauern, bis die Masuren mit Unterstützung der Hilfskräfte aus der örtlichen Bevölkerung genügend bearbeitet scheinen. Hier soll eine Bevölkerung auseinandergerissen werden, die durch eine Geschichte von über 500 Jahren einig zu einem Volksganzen zusammengewachsen ist, die trotz verschiedener Sprache sich ebenso als ein Volk fühlt, wie das der Schweiz.

Lubendorffs Buch. Englischen Blättern zufolge soll General Ludendorffs Buch in diesem Monat in England und Amerika veröffentlicht werden. Der für die britischen und amerikanischen Veröffentlichungsrechte gezahlte Preis betrage 10 000 bis 12 000 Pfund Sterling. Diese Summe scheint jedoch zu hoch gegriffen. Der General erhält für jedes Exemplar, wie es im Buchhandel allgemein üblich ist, einen gewissen Prozentsatz. Im übrigen hat General Ludendorff weder mit englischen noch mit amerikanischen Firmen Verträge abgeschlossen.

„H.J." Sportberichte

Hallescher Schwimmverein von 1902

Das Wettschwimmen des Hallescher Schwimmvereins von 1902 am vergangenen Sonntag von der Rabeninsel nach E. Hofmanns Bad bedeutet für den Verein einen vollen Erfolg. Endlich leuchtete nach langen trüben und kalten Tagen wieder einmal die Sonne und spiegelte sich wieder in den Fluten der Saale zur Freude der Schwimmer und zahlreicher Zuschauer. An dem Wettkampfe beteiligten sich 33 Herren und 12 Damenmitglieder und erzielten durchweg beachtenswerte Leistungen. Die beste Zeit erzielte der Jugendschwimmer Walter Karsch, der mit großem Vorsprung als erster landete. Hervorzuheben sind ferner die Leistungen der vielversprechenden Jugendschwimmer Hehne, Stolberg, W. Schmidt und die der Damen, die zum Teil noch die Herren schlagen konnten. Nachstehend die Ergebnisse: Strecke 1300 Meter:

1. Jugendjunioren: 1. Hehne 21. Min. 7 Sek., 2. Schmidt (Erich) 22 Min. 30 Sek., 3. Behrend (Hans) 22 Min. 35 Sek., 4. Engelhardt 22 Min. 38 Sek., 5. Herdtfischfe 22 Min. 40 Sek.

2. Jugendsenioren: 1. Karsch (Walter) 19 Min. 23 Sek., 2. Schmidt (Willy) 21 Min. 10 Sek., 3. Stolberg 21 Min. 38 Sek.

3. Junioren: 1. Fegebank 22 Min. 47 Sek., 2. Blechfte 22 Min., 3. Jungblut 23 Min. 10 Sek.

4. Senioren: 1. Jungblut (Arthur) 20 Min., 2. Karsch (Karl) 20 Min. 25 Sek., 3. Behrend (Walter) 22 Min. 5 Sek.

5. Alte Herren: 1. Weber 25 Min., 2. Ranke 25 Min. 1 Sek.

6. Damen: 1. Störr 24 Min. 27 Sek., 2. Becker 25 Min. 3 Sek., 3. Wörner 25 Min. 4 Sek., 4. Sauer 26 Min. 30 Sek., 5. Hempe 27 Min. 10 Sek.

Wie schon oben erwähnt, folgte eine große Zuschauermenge mit Interesse den Wettkämpfen und es herrschte nur eine Meinung, nämlich: daß es nicht nur schön sei, schwimmen zu können, sondern, daß die Ausübung dieser edlen Kunst auch Gesundheit schafft und daß darum das Schwimmen Gemeingut des Volkes werden muß.

*

— **Werbe-Schwimmfest des L. S. B. und D. S. C. L. in Bad Kösen.** Die Bahnlänge betrug 26 Meter. (Mit und Gegenströmung.) Die genauen Ergebnisse waren folgende: 1. Brustschwimmen 52 Meter: 1. Gerber 50 Sek., 2. Deutschbein 50 Sek., 2. Damenschwimmen 52 Meter: 1. Fr. Krisen: 56, 2. Michel 50,4, 3. Frl. Schramm 61,3; 3. Jugendschwimmen 52 Meter: 1. Heser, 54,4, 2. Jordan, Müller tot, in 59 Sek.; Kürspringen: 1. Wiese; 4. Seitenschwimmen 52 Meter: 1. Eberhard 43,4, 2. Groß 44,0; 5. Seniorenschwimmen 52 Meter: 1. Wiesel 39,2, 2. Riegel 40,0; 6. Streckentauchen: 1. Meyer 45 Meter in 80 Sek., 2. Groß 36 Meter in 32,8, 3. Rolle 35 Meter in 26,1; 7. Herrenstaffel 4×50 Meter: Br., Rück., Seite, H. ü. B.: 2. Mannschaft u 3 : 9,8; 8. Damenbrustschwimmen 52 Meter a) Jugend: 1. Frl. Ziesky 1 : 5, 2. Frl. Würl 1 : 6,8; 11. Damenbrustschwimmen 52 Meter, Junioren: 1. Frl. Schramm 1 : 1,0, 2. Frl. Lieber 1 : 7,3; 12. Kleiderhindernisschwimmen, 80 Meter; 1. Gottfrich 1 : 43, 2. Poser 1 : 43,3; 13. Jugendbrustschwimmen 52 Meter: 1. Müller 56, 2. Fahrig 57,4; 14. Damenbruststaffel 4×00 Meter: 1. Mannschaft in 4 : 17,2; 15. Wasserballspiel: 1. Weiße Mannschaft siegt 6 : 0.

*

Tennis:

Bei prachtvollem Sommerwetter war der Tennisklub zu Halle am Sonntag in Dessau, um daselbst ein Turnier gegen die Tennisgesellschaft Dessau auszutragen. Heiß war der Tag, mit 10 : 8 Punkten gewannen die Hallenser nach schönem Spiel. Dem eifrigen Dessauer Klub kann man zu diesem Resultat nur gratulieren. Während Sulima, Frank und Klusemann in den Herren Maushake, Pichner und Dr. Jach starke Gegner fanden, konnten die Gebrüder Scharf ihre Spiele leicht gewinnen. Die Leistungen der Dessauer Damen waren besser als die der Hallenser. Nachstehend die einzelnen Resultate:

Herren-Einzelspiel A: Sulima—Maushake 4:6, 6:2, 6:4; Frank—Pichner 6:4, 2:6, 1:6; Hauptmann Klusemann—Dr. Jach 2:6, 6:4, 7:9; Scharf II—Hauptmann v. Trützschler 6:0, 6:4; Scharf I—v. Mews 6:0, 6:0.

Herren-Einzelspiel B: Sulima—Pichner 6:2, 6:4; Frank—Maushake 1:6, 6:1, 6:2; Hauptmann Klusemann—Dr. Jach 9:0 (abgebrochen wegen Dunkelheit); Scharf II —v. Mews 6:1, 6:3; Scharf I—Hauptmann v. Trützschler 6:0, 6:1.

Damen-Einzelspiel: Frl. Wegener—Frau v. Röder 8:6, 7:5, 6:4; Frl. Rudolphi—Frl. v. Röder 2:6, 3:6; Frau v. Rohrscheidt—Frl. Weiß 2:6 1:6.

Herren-Doppelspiel: Sulima-Frank—Maushake-Pichner 6:1, 4:6, 8:6; Klusemann-Frank—Pichner-Dr. Jach 4:6, 4:6; Scharf I und II-v. Mews-v. Trützschler 6:1, 6:3.

Gemischte Spiele. Frl. Wegener-Frank—Frau von Röder-Maushake 9:7, 6:2; Frl. Rudolphi-Sulima—Frl. von Röder-Pichner 8:10, 7:5, 3:6; Frau v. Rohrscheidt-Klusemann—Frl. Weiß-Dr. Jach 3:6, 1:6.

Die Erstgenannten sind jeweils vom Tennisklub Halle.

*

Befähigungsspiel um die 1. Klasse. Preußen I. Halle schlägt Sportlust I, Halle 7:2. (4:0. Mit obigem Resultat hat Preußen am Sonntag im Befähigungsspiel seine Spielstärke für die 1. Klasse bewiesen. Das Spiel stand von Anfang bis zu Ende in einer glatten Ueberlegenheit Preußens. Die Mannschaft führte ein fleißiges, gutdurchdachtes Kombinationsspiel vor, so daß Sportlust, bis auf eine kurze Zeit, fast gar nicht auf die Beine kam. Mit etwas mehr Glück hätte leicht eine gestellige Torzahl herauskommen können.

Preußen spielte außerdem noch mit Ersatz für Korb und Schade. — Ferner spielte Preußen II gegen Rasensport I, Neideburg mit 2:2 und zwar in der ersten Halbzeit mit 9 bzw. 10 Mann.

Kunst u. Wissenschaft

t. **Harzer Bergtheater, Thale.** Als dritte Uraufführung brachte das Harzer Bergtheater in Thale am Sonnabend das Ludwig Fahenkrogsche dreiaktige Schauspiel „Schuld und Schicksal" heraus. Der Dichter hat den Stoff der uralten schwedischen Geschichte entnommen und daraus ein Werk geschaffen, das hinsichtlich des geschickten dramatischen Aufbaues, der Charakterschilderung der Hauptpersonen und der poesieerfüllten rhythmischen Sprache die höchste literarische Bewertung verdient. Die Darstellung war dem künstlerischen Wert des Werkes durchaus ebenbürtig. Dr. Hollauer spielte den König, Direktor Heinz Schwamborn den Sohn des Trunkenbolds, den Schüling seiner Mutter und den Geächteten, und Frl. Groke die Königstochter. Die 600 Besucher aus allen deutschen Gauen verfolgten das Werk mit höchster Spannung und begeisterten Beifall und riefen wiederholt stürmisch nach dem Dichter, der sich bescheiden mitten im Publikum befand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0006

Volkswirtschaft

...ruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des ...wirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

...elchen Weg wird England einschlagen?

Von
Dr. G. W. Schiele-Naumburg.

...Während des Krieges wurde der englische Kohlenbergbau ...er Staatskontrolle gestellt. Die Preise wurden reguliert, die ...e wurden reguliert und die Gewinne wurden reguliert. Die ...bauteigentümer der Kohlengruben dürfen von jeder Tonne ...d 9p (zuerst 2,50 sh) behalten. Das machte 15 Millionen ...nd Sterling vom Gesamtertrag. Der Staat bezog den Rest ...Gewinnes, nämlich 39 Mill. Pfd. Sterl. Die Gesamtsumme ...Gewinnes betrug 54 Mill. Pfd. Sterl. an einer Gesamtförde...ung, welche durchschnittlich auf 250 Millionen Tonnen gesteigert ...1913 betrug die Gesamtförderung 287½ Millionen, 1914 ...1917 248, 1918 226½ Millionen Tonnen. („Times" vom ...Juli 1919.) Nach Kriegsschluß nun hoffte man — und der ...ker-Bericht gab dieser Hoffnung zuversichtlichen Ausdruck — ...der anzusteigen auf eine Förderung von 250 Millionen ...nen; denn es waren nunmehr mehr arbeitende Kräfte in ...englischen Kohlengruben denn je. Das laufende ...hr bringt einen erschreckenden Ausfall an ...derung. Man schätzte vor wenigen Wochen nur 230 ...illionen Tonnen Jahresertrag; aber weil die Förderungsrate ...einem rapiden Sturz begriffen ist, so schätzt man jetzt schon ...niger als im letzten Kriegsjahr, trotz vermehrter Arbeits...ft. — Am 16. Juli soll die Arbeitszeit auf sieben Stun...en herabgesetzt werden. Hiernach vermutet man eine Gesamt...derung von höchstens 217 Millionen Tonnen. (Daily Tele...ph" vom 12. Juli 1919.) — Die Folge ist ein Defizit von ...Millionen Pfd. Sterl. Also während die Regie...ung bisher einen Steuergewinn von 39 Mill. ...d. Sterl. hatte, fast das Dreifache von der Privatrente des ...Kohlenbaues, hat sich dieser Gewinn jetzt in ein Defizit ...n 46 Mill. Pfd. Sterl. verwandelt. Das ist der Erfolg ...s ersten Sankey-Berichts und der ihm folgenden Gesetzgebung. Diese Tatsachen wurden dem Parlament in der Nachtsitzung vom 8. Juli mitgeteilt. Wir geben nach der „Yorkshire Post" folgenden Bericht der Sitzung: Sir Auckland Geddes, der Vorsitzende des Handelsministeriums, teilte mit, daß in gegenwärtigen Monat der Kohlenpreis für den Kubikmeter um 6 sh die Tonne erhöht werden müsse. Mannigfache Rufe antworteten ihm. Aber seine Stirn blieb ehern. Er erklärte, daß die Bewilligungen des Sankey-Reports nunmehr erhöht werden müßten. Verringerte Arbeitszeit, verringerter Arbeitsertrag bei höheren Löhnen — einer muß für diese Mehrkosten zahlen. Es ist für das verbrauchende Publikum besser, diese Tatsachen zu kennen, statt daß man sie ihm verbirgt, dadurch, daß der Staat Subsidien zahlt. (Der englische Staat gab 60 Mill. Pfd. Sterl. Zuschüsse für Brotverbilligung, 3 Mill. Pfd. Sterl. für Eisenbahnverbilligung und würde 8 Mill. Pfd. Sterl. für die Kohlenindustrie zu zahlen haben.) Im ernstesten Tone versicherte er: „Es ist nicht gut, sich einzubilden, die Kohle würde billiger, wenn man sie aus den Steuern bezahlt. Das Volk muß wissen, was die Kohle wirklich kostet."

Eine Stimme aus Lancashire unterbrach ihn und rief, die Baumwollindustrie und -handel würde damit ruiniert. Es war allgemeine Bewegung im Hause und die Vertreter der Arbeiterpartei fühlten, daß sie plötzlich in die Verteidigung gesetzt waren. Mr. Adamson, ihr nominieller Führer, hatte nicht die Gewandtheit, dieser plötzlichen Stimmungswoge zu begegnen. Er begann zu sprechen; aber so zögernd und unhörbar, daß man ihm zurief: Sprich lauter! Als er lauter sprach, hatte er nichts zu sagen. Mr. Richards und Mr. Hartshorn retteten die Situation, indem sie hinüberspielten auf die Profite der großen Besitzer und versuchten, die feindliche Stimmung des Hauses zu überwinden. Zu ihrem Unglück stürmte Mr. Stanton, der der nationaldemokratischen Partei angehört, auf die Szene. Bleich vor Erregung, mit Trompetentimme, tobte er in grollendes Mißtrauen aus gegen die Arbeiterführer. „Warum hielte die Regierung immer zu den Arbeitern und erhebe die Ausplünderung des britischen Volkes?" „Warum tue die Regierung wohlbekannte Bolschewisten und Antibritten die Kohlenkommission gesetzt?" Mit einem wilden Auge auf Hartshorn und die übrigen schüttete Mr. Stanton seinen ganzen Zorn aus. Er war stürmisch ungrammatisch, und der arme Mr. Adamson sah aus, als wenn er aufgefressen werden wollte. Dieser versuchte, die Sache hinzuhalten; aber das Haus drängte, die Preiserhöhung vorzunehmen.

Hiernach bringt die „Times" einen Bericht über eine große Versammlung der Bergarbeiter am Sonnabend, dem 12. Juli. Die Versammlung fand unter freiem Himmel statt und wurde von mehreren Tausend besucht. Die Bergarbeiter behaupteten nun, die Regierung erhöhe nur deshalb den Kohlenpreis, um das englische Volk dem Gedanken der Nationalisierung abwendig zu machen. Es sei aber nicht die Nationalisierung, was hiermit gerichtet werde, sondern das bisherige System, welches bezeichnet werden muß als „Privateigentum plus Regierungskontrolle". Auf der andern Seite erklären die Grubeneigentümer ihrerseits auch, daß das gegenwärtige System der Regierungskontrolle über das Privateigentum unerträglich sei und sie unter solchen Umständen die Nationalisierung vorziehen. Kein Wunder, daß sie das tun, da ja angesichts des Riesendefizits auch ihr Gewinn von 1 sh 2 p an der Tonne demnächst verschwunden sein wird. Allerdings sind sie der Meinung, daß unter „Nationalisierung" die Förderung nach weiter schwinden wird.

Die Folgen der Kohlenverteuerung sind, wie der „Daily Telegraph" vom 12. Juli 1919 hervorhebt, von der allergrößten Bedeutung für die ganze englische Volkswirtschaft. 6 sh auf die Tonne bedeuten eine Preiserhöhung von 10 oder 12 Proz. für Gas und Elektrizität. Es bedeutet einer erhebliche Verbesserung des Eisenbahndefizits, welches schon 60 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre beträgt. „Unsere große Stellung als Exporteur und Handelsvolk zu den Märkten der ganzen Welt war aufgebaut und gegründet auf billigen Frachten. Unsere Bergleute taten ihr Bestes, um die Rückfahrt zu billigen Frachten unmöglich zu machen. Soll die ganze Volksgemeinschaft sich den Bergleuten unterwerfen und dabei sich selbst ruinieren?"

Die „Yorkshire Post" vom 11. Juli bringt den Bericht eines ...ischen Bergbauditeurs und Exporteurs. Hiernach liegt die ...sache des Rückganges nicht nur in der gesetzlichen Verminderung der Arbeitszeit, sondern hauptsächlich in dem sogenannten ...Pessimismus. „Ich frage mich, ob im Durchschnitt eine ...Woche, welche regelmäßig sechs Tage in der Woche arbeitet, doch ...wirklichen Arbeitsbesuch hat seitens der Bergleute, als durchschnittlich 4½ Tagewerk in der Woche." Die Sache ist die, daß in 4½ Tagen der Bergarbeiter so viel verdient, als er braucht. Dazu kommt, daß ihm die Verteuerung der Kohle ganz gleich sein kann; denn er hat die Kohle ganz billig oder umsonst. Dazu hat er auch das Wohnen in seinem Hause ganz billig oder umsonst. Die Verteuerung der Kohle wird sofort eine bedeutende Verteuerung der Bausteinindustrie und also des Häuserbauens und des Wohnens mit sich bringen. Das werden alle anderen Volksklassen fühlen, aber der Bergarbeiter fühlt es nicht. Andere werden frieren; aber sie haben es warm.

Die allgemeine Ueberzeugung ist, daß es so nicht weitergeht. Entweder England muß zurück zum freien Privateigentum, oder es muß vorwärts zur „Nationalisierung" oder, wie wir sagen würden, „Sozialisierung" des Bergbaues. Mr. Smillie, der Arbeiterführer, und seine Freunde sagen, das Sinken der Förderung wird nicht aufhören, es sei denn, der Bergbau wird nationalisiert. Die Antwort der Kapitalisten ist: Sie wird sinken, gleichgültig, ob der Bergbau sozialisiert wird oder nicht. Im Gegenteil, wenn nationalisiert wird, so wird sie noch schneller sinken, und wenn man außerdem nun noch den lokalen Kohlenhandel munizipalisiert, so wird die Kohle für den Verbraucher noch teurer werden. („Daily Telegraph" vom 12. Juli 1919.)

Welchen Weg wird England gehen? (Aus Nr. 35 der von Dr. Schiele herausgegebenen „Naumburger Briefen".)

Geldmarkt und Banken

Der Banknotenumtausch. Aus Bankkreisen wird geschrieben: Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 10. August teilt mit, daß der Reichsfinanzminister an der Absicht des Notenumtausch nach wie vor festhalte. Die technischen Schwierigkeiten seien zwar, wie zugegeben wird, so groß, daß man mit einer Reihe von Monaten bis zur vollständigen Durchführung des Umtausches rechnen, scheitern werde jedoch der Umtausch an ihnen keineswegs. In dem Gutachten des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes vom 4. d. M. ist demgegenüber dargelegt, daß ein Notenumtausch, der zu seiner Vollziehung einer Frist von auch nur mehreren Wochen seit der erstmaligen Ankündigung bedarf, den Zweck der Erfassung des aus Gründen der Steuerflucht gehamsterten Papiergeldes von vornherein verfehlen muß. Es ist im übrigen nicht richtig, daß bloß technische Schwierigkeiten dem Plane entgegenstehen, mindestens ebenso schwer wiegen die wirtschaftlichen Bedenken. In der Presse sowie in dem erwähnten Gutachten ist neben vielem anderen die ungünstige Wirkung der bloßen Ankündigung des Projekts auf den Kurs der deutschen Währung geschildert worden. Bei sämtlichen Sachverständigen erregt der Umstand, daß durch eine Verwirrung der jetzigen Märkte eine weitere Senkung des Markwertes eintreten könnte, ganz außerordentliche Besorgnis. In einem derartigen Falle würden wir für alle Ankäufe vom Ausland, die doch unbedingt nötig sind, so viel mehr bezahlen müssen, daß der durch die Abgabe dem Staate zufließende Gewinn wahrscheinlich mehr als aufgewogen wird! Die von niemandem bezweifelte Energie des Reichsfinanzministers, auf welche die „Deutsche Allg. Ztg." noch besonders hinzuweisen zu müssen glaubt, wird unsere Volkswirtschaft von diesen und anderen Schädigungen, über deren Eintritt alle zur Kritik des Projekts berufenen Kreise sich einig sind, nicht zu bewahren vermögen.

Danziger Privat-Aktien-Bank. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital um 6 Millionen Mark auf 20 Millionen Mark zu erhöhen. Die jungen Aktien werden von der Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin zu 127 Prozent zuzüglich 5 Prozent Zinsen vom 1. Juli d. J. ab übernommen und unter den gleichen Bedingungen den alten Aktionären derart angeboten, daß auf 7000 Mark alte Aktien 3000 Mark neue Aktien bezogen werden können. Die neuen Aktien nehmen an der Dividende für das Jahr 1919 zur Hälfte teil. Im übrigen sind sie den alten Aktien vollständig gleichgestellt. Die Beschlüsse erfolgten unter Vorbehalt der behördlichen Genehmigung.

Industrie, Handel, Handwerk

Sistierung von Kalilieferungen nach dem Osten. Aus Thorn wird gemeldet: Nach hierher gelangten Nachrichten stellt das Kalisyndikat alle Kalilieferungen nach dem an Polen abzutretenden Gebiet ein. Die mit der Nichtbelieferung von Kalidüngemitteln ungweifelhaft verbundene Minderung der nächstjährigen Ernte wird sich durch eine geringere Ablieferung von Bodenerzeugnissen der hiesigen Gegend an das Reich nicht nur im nächsten Jahre, sondern schon in diesem Herbst und Winter bemerkbar machen, da die hiesige Landwirtschaft sich zur Ablieferung von Erzeugnissen der diesjährigen Ernte nur gegen Hergabe ausreichender Mengen von Düngemitteln verstehen kann.

Angebot amerikanischer Kohlen. Wie die „Frankf. Ztg." aus Düsseldorf erfährt, sind an Verbraucherkreise in Rheinland-Westfalen Angebote auf Lieferung amerikanischer Kohle gelangt. Es handelt sich um Schiffsfestfrachten, für die ein Preis von 26 Dollar auf Rotterdam, Antwerpen oder französischen Hafenplätzen gefordert wird.

Erhöhung der Draht- und Drahtstiftpreise. Infolge der von der Drahtkommission vorgenommenen Preiserhöhungen der Herstellerpreise sind von der Vereinigung der Draht- und Drahtstift-Großhändler Deutschlands mit sofortiger Wirkung folgende Nettoaufschläge auf die Liste A 7 festgesetzt worden: 33 M. für blanke Drähte, 45 M. für verzinkte Drähte, 45 M. für verzinkte Stacheldrähte, 40 M. für Drahtstifte, 85 M. für blanke Schlaufen, 47 M. für verzinkte Schlaufen, 45 M. für Springfedern.

Die Eisenbeton-Schiffswerft in Neuß am Rhein der Tiefbau- und Beton-A.-G. Dyckerhoff u. Widmann in Wiesbaden wird demnächst das erste größere Schiff von 500 Tonnen Ladefähigkeit in Betrieb nehmen.

Zuckerausfuhr aus Böhmen nach Deutschland. Zum ersten Male hat sichs ereignet, daß böhmischer Zucker nach Deutschland verkauft wurde. Die zuständige reichsdeutsche Stelle hat 600 Waggons, davon 500 Konfum-, 100 Rohzucker, zum Preise von 800 Kronen den Meterzentner am Prager Zuckermarkt gekauft. Zusammenhängend mit diesem Zuckergeschäft, das Wiederholungen erfahren soll, ist die bevorstehende Einführung der Notierung der Devise Prag auf der Berliner Börse. Allerdings ist der zur Ausfuhr aus der Tschecho-Slowakei, der Ueberschuß über die dort zum Verbrauch benötigte Menge, nicht übermäßig groß und wird auf höchstens ¾ Millionen Meterzentner geschätzt. Auf einen Teil dieses Quantums reflektiert die Schweiz und Frankreich, für die bei dem gegenwärtigen Stande der Valuten der Import äußerst vorteilhaft erscheint.

Gesellschafts-Abschlüsse

Hartung Akt.-Ges. Berliner Eisengießerei und Gußstahlfabrik. Die ordentliche Generalversammlung in der vier Aktionäre ein Kapital von 555 000 Mark vertraten, genehmigte die Jahresrechnung für 1918/19 und erteilte die Entlastung. Nach Tilgung des Verlustvortrags von 700 754 Mark durch Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis von 2 : 1 ergibt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr ein neuer Verlust von 351875 Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Ueber die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die Zukunft wurden Mitteilungen in der Generalversammlung nicht gemacht.

Wandern und Reisen

Tagungen deutscher Jugendwanderbünde

In Koburg fand der Bundestag des „Wandervogel E. V.", Bund für deutsches Jugendwandern, statt, der von etwa 4000 Wandervögeln aus dem Reich und Deutsch-Oesterreich besucht war. Wer nach dem Wirrwarr der letzten Monate an den Aufstieg Deutschlands fast nicht mehr glauben wollte, dem hätten diese Tage den Beweis erbracht, daß der deutsche Gedanke in unserer prächtigen Jugend lebt. Nicht in jener, die in eitlem Gedenium oder an den Bierbänken oder gar in den verhetzenden politischen Versammlungen wächst, sondern jene, die abgehärtet und fest mit Rucksack, Lied und deutscher Seele sich die blaue Sehnsucht erwandert. Und dieses Jungvolk war es auch, das über allen Gegensätzen den Weg zur gemeinsamen Freude und gemeinsamen Arbeit fand. In langen und oft heißen Verhandlungen wurde die Forderung der „Revolutionäre" abgelehnt, die Anarchie an Stelle der Organisation des Bundes treten zu lassen. Man war sich wohl einig, daß zum freien, echten Wandern eine Ueberorganisation nicht paßt und deshalb will man im Laufe des kommenden Jahres daran arbeiten, den Bund so umzugestalten, daß neues, junges Leben der Wandervogelbewegung zugeführt wird, ohne sich an den Hemmungen einer Organisation zu stoßen. Damit war die deutsche Wandervogelbewegung vor der Anarchie gerettet. Die alte Stadt Koburg gab der Tagung den geeigneten Rahmen. Am Sonnabend fand eine Begrüßung auf dem Markt statt; abends spielten Jenenser Wandervögel Mysterienspiele in der Moritzkirche und am Sonntag nachmittag sah die Ebene an der Feste Koburg ein buntes Leben und Treiben. Hier oben war es auch, wo die Aelteren im Wandervogel zur „Versippung" der Bewegung beschlossen, den Wandervogel gang der Jugend zu überlassen und einen Aelterenbund zu gründen, um sich die Kulturwerte des Wandervogelgeistes zu erhalten. Abends loderte ein großes Feuer zum Gedenken der Gefallenen. Am Montag trafen sich die alten Feldsoldaten zu einer Tagung; es gab da noch viel „Volk" in Koburg, Volksänge auf dem Markt und ein abendliches Singen am Fuße des Burgbügels, bei dem viele Tausend Koburger andächtige Lauscher waren. — Gleichzeitig mit der Tagung fand eine Ausstellung der Wandervogelkünstler statt, die sogar von dem König von Bulgarien besucht wurde, der für einige tausend Mark Ankäufe machte.

Der Bundestag des „Alt-Wandervogel" fand in Lauenstein statt. Auch hier hat man beschlossen, die alte Organisation zu „verjüngen", der Anschluß an die anderen Wandervogelbünde soll möglichst bald hergestellt werden. Beide Tagungen haben ihren Besuchern viel Freude für die lange Zeit der Arbeit mitgegeben.

Vom Büchertisch

„Der Junge Deutsche", Monatsschrift für Kunst, Literatur und Kulturpolitik. Verlag Matthes u. Thost, Hartenstein i. Sa. Bezugspreis: Jahrgang 8 Mk., Einzelheft 0,75 Mk.

Bei der Fülle der neuen Zeitschriften nimmt diese aus zweierlei Gründen einen besonderen Platz ein. Erstens: sie ist in dieser unduldsichsten aller Zeiten von einem Geiste erfüllt, der uns wieder bitter notwendig ist, um zur inneren sittlichen Gesundung zu kommen. Und wann: Jugend steckt in ihr, Jugend gibt sie heraus, für die Jungen (d. h. die innerlich Jungen, Unbegrefften) ist sie geschrieben. Für alle diejenigen soll sie sein, deren Herz noch hohe Begeisterung aufzubringen vermag für wahres Schönes und strebendes Echtes. Sie kann als der Kunstwart der Jugend bezeichnet werden. H. H.

•

— **Das Augustheft von „Deutschlands Erneuerung"** (J. F. Lehmanns Verlag, München; Preis vierteljährlich 6 M., Einzelheft 2,20 M.) ist in erster Linie auf die geistige Wiedergeburt des Deutschen Volkes eingestellt. In der Schuldfrage stellt gegenüber dem entwürdigenden und der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Schuldbekenntnis unserer International-Versammlung Dr. G. Krause in dem Aufsatz „England der Weltbeunruhiger" an Hand des für die leitende englische Politik vernichtenden Anklage-Materials des englischen Cobden-Clubs klar und zweifelfrei fest, daß England den Krieg gegen Deutschland gewollt und bewußt vorbereitet hat. Diese von Engländern gegen ihre eigene Politik erhobene Anklage wird u. W. zum erstenmal in Deutschland veröffentlicht. Dieser Aufsatz wird viel Klärung und Beruhigung bringen, da das unbenennbare Verhalten unserer Regierung gerade in der Schuldfrage ungeheure Verwirrung und eine ganz falsche außenpolitische Vorstellung im Volk ausgelöst hat. Theodor Mauch setzt in dem Aufsatz „Auf den Ruinen" seine kulturgeschichtlichen Betrachtungen fort, die, bei aller Wucht der Anklage, doch zukunftsfroh wirken. Eine vorzügliche Darstellung der deutsch-österreichischen Frage bringt Dr. Hans Hartmeyer-Wien in der Arbeit „Deutschösterreich — eine Unmöglichkeit!", welche die politische und kulturelle Notwendigkeit eines geeinten Großdeutschlands erweist. Hans Freiherr v. Wolzogen schreibt „Vom Herrentum der Zukunft" in seiner rühmlichst bekannten ernsten deutschen Art und öffnet uns damit die Augen für die Anforderungen, die wir an wahres Herrentum im Gegensatz zum Scheinherrentum der Demagogen und Großbankritter zu stellen haben. Die Aufsätze von Professor Kaska „Zur Universitätsreform" und Hugo Pott „Die Erziehungsaufgabe der deutschen akademischen Jugend" wenden sich an die geistige Blüte Deutschlands und umreißen klar die Aufgaben, die der Gebete angesichts unseres militärischen, politischen und moralischen Zusammenbruchs zu übernehmen hat. Im Zusammenhang damit steht der Aufsatz von G. Butz: „Die Proletarisierung des Geistes". Der Schriftleiter Dr. E. Kühn endlich rechnet im „Bild der Lage" (Die Juden und die unsittliche Weltordnung) unbarmherzig mit dem Friedensschluß und mit allen Volks- und Staatszerstörern bei uns ab, und unter der Losung: Zum Kampf für die sittliche Weltordnung ruft er alle Deutschen zum Zusammenschluß zu positiver Arbeit auf. Das ganze Heft ist wieder durch jene seltene, glückliche Mischung von klarem Wirklichkeitsblick und hohem Idealismus ausgezeichnet, wie sie gerade jetzt uns nottut und der ganzen Zeitschrift seit jeher ihr einzigartiges, deutsches Gepräge gibt.

Orlizon-Mundwasser-Kugeln
Bleichen die Zähne und erhalten deren Glanz. Desinfizieren gründlich und nachhaltig ohne Zahnfleisch, Zahnschmelz und Schleimhaut anzugreifen.
Orlizon schützt vor Ansteckung (Grippe).
In den einschlägigen Geschäften erhältlich.

Wetterbericht.
Ziemlich heiter, trocken, tagsüber wärmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0007

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale **Halle a. S.,** Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. **Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte**

Stellen-Angebote

Tatkräftiger, gebildeter Herr
wird von der Direktion einer angesehenen bedeutenden Lebensversicherungsgesellschaft als
Generalagent
gesucht. Die Stellung bietet hohes Einkommen und ist entwickelungsfähig. — Bewerbungen mit Lebenslauf unter Aufgabe von Empfehlungen und Beifügung eines Lichtbildes unter **J. F. 14117 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Putz.
1. Garniererin resp. Directrice, 1. Arbeiterin, sofort gesucht.
Fa. Anna Fissel, Dessau.

Suche zum 15. August eine
Stütze,
die schon im Gutshaushalt tätig war und ein fleißiges, ordentl. **Hausmädchen,** war. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche einsenden an
Junge. Renkirchen bei Seehausen i. Altm.

Suche zum 1. 9. 19 einen
Volontär
welcher die Landwirtschaft erlernen möchte und sich nicht scheut, selbst Hand anzulegen. Vorstellungen erwünscht.
Rittergut Geroda, Sachsen-Weimar. K. Otto.

Geldverkehr

5-9000 Mk.
als I. Hypoth. zu 5% sof. v. Selbstgeb. ges. Gefl. Off. unt. Z. 1878 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Stellen-Gesuche

Für meinen Sohn, 24 Jahre, Landwirt, Reserveoffizier, suche ich alsbald
Stellung als Beamter auf größ. Gute
unter Leitung des Chefs. Gehalt nach Uebereinkunft.
Domänenrat Schaefer,
Domäne Oesterkörner bei Mühlhausen in Thüringen

Verkäufe

Stickstoffdünger.
Gelblupinen
zur Gründüngung, sofort lieferbar, geben ab
Buhlers & Northe,
Torgau a. Elbe.

Garbenbänder und Bindegarn
liefert jeden Posten zu billigsten Tagespreisen
C. Zurhose, Strohseil- und Häckselfabrik, Gerbstedt. Tel. Nr. 13.

Torfstreu, Torfmull,
deutsche Qualität, liefert wieder
Jakob Blocher, Halle a. S., Magdeburgerstr. 8. Telephon 5984.

70. Zuchtvieh-Versteigerung
des Verbandes für die Zucht des schwarzbunten Tieflandrindes in der Provinz Sachsen.
Am Donnerstag, den 21. August 1919, vorm. 11 Uhr findet in Stendal im „Gasthof zum Viehhof" die 70. Zuchtvieh-Versteigerung statt.
Es gelangen ca. 90 Bullen im Alter von 12 bis 20 Monaten und ca. 25 Färsen zum Verkauf, welche durch eine Kommission besichtigt und ausgewählt sind. Sämtliche Herden stehen unter obligatorischer Kontrolle des Tuberkulosetilgungsverfahrens. Für einen großen Teil der Mütter der Auktionstiere liegen Kontrollvereinsabschlüsse vor. Verkaufsverzeichnisse versendet die Geschäftsstelle des Verbandes in Halle, Kaiserstraße 7.
Bei der Versteigerung müssen Käufer aus der Provinz Sachsen eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde (Amtsvorsteher) vorlegen, daß die Tiere zu Zuchtzwecken gekauft werden, bezw. Käufer aus fremden Provinzen die Einfuhrerlaubnis der dortigen Provinzial-Fleischstelle.

Pferdeverkauf.
Goldfuchsstute, 7jährig, 167 groß, flott, ostpreuß. dunkelbrauner Wallach, 3jähr., 167 gr. Halbblut, dunkelbr. Wallach, 4jähr., 168 gr., leicht. Ackerschlag.
E. Schöllner I, Holleben.

Merzschafe, zirka 65 Stück, noch zur Zucht brauchb., Merino-Fleischschaf-Tox. gibt ab
Arth. Prautzsch,
Rittergut Sausedlitz bei Löbnitz-Bitterfeld.

Gelegenheitskauf.
20 Stück 4rädr. Handwagen von 3—8 Ztr. Tragkraft preiswert als gelegenheitskauf zu verkaufen. Off. unter Z. 1883 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Nettogewicht	½	1	2	5	12	50	200 Kg.
Guten Wagenfett	M. 1,75	3,25	5,50	10,—	18,—	60,—	220,—
„ Hutfett	„ 2,25	4,—	8,25	13,25	29,—	100,—	—
„ Lederfett	„ 2,25	4,—	8,50	13,50	30,—	105,—	—

einschließlich Gefäße ab Lager netto unter Nachnahme empfiehlt
Bernhard Sagatz, Aschersleben 142.

Goldgrube.
Landgasthof, an 2 Durchgangsstraßen, schöner Saal, viele Vereine, Ausspann, gr. Obst- u. Gemüsegarten, Anz. 35—40 000, krankheitshalber verkäuflich. Off. „Goldgrube, Postamt Eisleben.

Landgasthof
(Industriebezirk)
mit drei Gaststuben, Tanzsaal, Kegelbahn und dazugehörendem Hausgarten ist wegen Ueberanahme eines Grundstückes sofort zu verkaufen. Offert. unt. Z. 1876 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Stahldraht-Matratzen
für jede Bettstelle nach Maß, Polsterauflagen an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik **Suhl i. Thür.**

Leder-Schuhriemen
in Ia. Ia. zugkräftiger Ware habe Umstände halber sofort einen größ. Posten äußerst preiswert abzugeben. Zuschriften unter Z. 1879 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Brennholz
in Waggonlad. gebe gegen Gebot (Ztr.) ab. Offerten u. B. 57 an den Harz-Boten Ann.-Exped., Elbingerode.

Ein Russenfohlen
(Stute) verk. Karl Töpel, Großwilsdorf Nr. 30.

2 große schwere
Rollwagen,
je 150 Ztr. Tragkraft etwa, preiswert zu verkaufen. Anfr. erb. an **Lauenroth,** Geiststraße 16.

Einkochapparate, Einkochgläser, Gummiringe
in bester Qualität bei billigsten Preisen.
Otto Sparmann,
Gr. Steinstr. 47.

Angebot!
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
ca. 150 Zimmer
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Birkenreisig-Besen,
Probebd. M. 9.50, 100 Stck. M. 75.— Nachnahme.
B. Sagatz, Aschersleben 142.

Seltene Gelegenheit!
Goldene Herren-Uhr
mit Sprungdeckel, Schlagwerk u. Chronograph verkauft billig mit Garantie
Herm. Schindler,
Kleine Ulrichstrasse 35.

Statt besonderer Anzeige.

Die Verlobung ihrer Kinder
Aenne und Erich
beehren sich anzuzeigen
Walter Unbekannt u. Frau
Hedwig geb. Schuchardt,
Franz Burkhardt u. Frau
Anna geb. Bock.

Meine Verlobung mit Fräulein
Aenne Unbekannt,
Tochter des Mechanikers und Optikers Herrn Walter Unbekannt und seiner Frau Gemahlin geb. Schuchardt, gebe ich mir die Ehre bekannt zu geben.
Erich Burkhardt,
Kaufmann.

Neu-Dölau und Halle a. S., im August 1919.
Zu Hause am 17. und 24. August.

Nachruf.
Am 10. August starb
Herr Rittergutsbesitzer, Kammerherr
Curt von Bülow auf Dieskau.
Als Amtsvorsteher seit der Einführung der Kreisordnung ernannt, hat derselbe in ununterbrochener Tätigkeit, welche Pflichttreue unerreicht dasteht, den hiesigen Amtsbezirk kostenlos verwaltet und dabei gezeigt, wie preußische Sparsamkeit und Tüchtigkeit die Selbstverwaltung zu einer mustergiltigen machen kann. In dankbarer Anerkennung werden wir stets seines Wirkens gedenken.
Der Amtsausschuß.
I. A.:
Franz Walther.

Am Sonntag, den 10. August erlöste Gott von seinem schweren, mit großer Geduld getragenen Leiden unsern lieben Herrn, den
Königlichen Kammerherrn
Curt von Bülow.
Voll Trauer stehen wir an der Bahre dieses gerechten, freundlichen, stets hilfsbereiten Herrn, dessen Andenken in unsern Herzen dankbar fortleben wird.
Schloß Dieskau, 10. August 1919.
Das Hauspersonal.

Nachruf.
Am 10. August verschied nach kurzem Krankenlager unser hochverehrter Chef, der Rittergutsbesitzer
Kammerherr von Bülow.
In langjährigem Zusammenarbeiten hat die Beamten- und Arbeiterschaft des Gutes die Güte und das Wohlwollen ihres Herrn kennen gelernt und wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Das Wirtschaftspersonal des Rittergutes Dieskau.

Bekanntmachung.
Die Liste der zur Kammerwahl berechtigten Tierärzte des Saalkreises liegt in der Zeit vom 16. bis 30. August d. Js. an diesseitiger Amtsstelle während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.
Halle, den 9. August 1919.
Nr. 6760) **Der Landrat des Saalkreises.**
J. V.: Freiherr von Nordenflycht. Regierungsrat.

Bekanntmachung.
Nach der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 (R. G. Bl. S. 525) findet die öffentliche Bewirtschaftung des Hafers nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 1918/19, d. i. 15. August 1919, nicht mehr statt. Der bisherigen Weise findet. Die Haferverteilung wird deshalb mit dem 15. d. Mts. ihr Ende erreicht.
Halle, den 11. August 1919.
Der Magistrat. Haferverteilungsstelle.

Ausschreibung.
Die Ausführung von Pflasterarbeiten in der Guttenstraße soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Sonnabend, den 16. August 1919, vormittags 10 Uhr im Magistrats-Bauamt, Zimmer Nr. 28 des Wagegebäudes einzureichen, wo die Bedingungen nebst Zeichnungen ausliegen, und die Verdingungsanschläge entnommen werden können.
Halle a. S., den 9. August 1919.
Städtisches Tiefbauamt.

Aktien-Malzfabrik „Goldene Aue" a. Akt.
Generalversammlung am Mittwoch, den 10. September 1919, vorm. 11 Uhr im Kontor der Fabrik.
Tagesordnung:
1. Entgegennahme und Genehmigung der Berichte des Revisors, sowie Erteilung der Entlastung. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
2. Aufsichtsrat-Ergänzungswahl.
3. Wahl des Revisors.
4. Statutenänderung § 16 Absatz 1 dahingehend, daß der Satz „Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern", in „drei bis fünf" abgeändert wird.
5. Geschäftliche Mitteilungen.

Roßleben, den 11. August 1919.
Aktien-Malzfabrik „Goldene Aue".
Der Aufsichtsrat. Endlich.

Kauf-Gesuche

Roggen-Lang-Stroh
zur Deckenfabrikation kauft in großen und kleinen Posten
Max Krug, Häckselschneiderei, Halle-Trotha. Tel. 5562.

Landwirtschaft,
ca. 20—40 Morgen groß, mit entspr. Gebäuden z. Uebern. ab 1. 10. 19 gegen hohe Anz., eventl. Barzahlung, sofort zu kaufen gesucht. Off. unt. Z. 1882 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnhaus
auf dem Lande mit Scheune, Stall, Garten u. evtl. 2 bis 4 Morgen Acker, mögl. zum 1. 10. 19 beziehbar, sofort zu kaufen gesucht. Off. unter Z. 1881 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein Grundstück
mit Garten in der Nähe von Halle wird zu kaufen gesucht. Off. unt. Z. 1875 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Gesucht
sehr guter, schnittiger und anhänglicher
Jagdhund
Anständiger Preis für Passendes wird gern bewilligt.
Rittergut Schieferhof
in Obhausen.

Heirat

Arch. u. Maurermeister,
Anf. 30er, mit gutgeh. Baugesch., verm., wünscht Bek. m. häusl. erzog. Dame, n. unter 60000 Mk. Verm., zwecks späterer Heirat kennen z. l. Ausführl. Offert. mögl. m. Bild, w. zurückgef. wird, erbitte unter Z. 1880 an die Geschäftsstelle d. Ztg. Verschwiegenheit zugesichert.

Verschiedenes

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in grosser Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik,
Gr. Märkerstrasse 26
am Ratskeller.

Parkett
liefert, repariert, — reinigt, wichst —
Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.
Verkauf von echtem Boharwachs zu regulären Preisen.

Schirm
am Montag nachm. in der Bahn (Cottbus—Halle) verwechselt. Umtausch Reilstraße 101.

SCHORNSTEINBAU
ABTEILUNG DER
ARK. OTS. ALPHONS OTTO
G.M.B.H.
Düsseldorf, Glockenstraße 16.

Die neue Europakarte erscheint in diesen Tagen. Bestellung nimmt schon heute entgegen die Geschäftsstelle sowie die Trägerinnen der **Halleschen Zeitung** Halle-Saale. **Preis Mk. 1.50.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908122-18/fragment/page=0008